

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

51. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 9 · 1. Dezember 2020

Haushalt 2021

Bei der 2. Lesung des Haushaltsentwurfs für 2021 standen die Einzelpläne u. a. der Ministerien im Mittelpunkt. Die Abgeordneten debattierten rund 14 Stunden über die Vorhaben der Landesregierung. S. 3

Fleischindustrie

In einer Aktuellen Stunde hat sich der Landtag erneut mit dem Arbeitsschutz in der Fleischindustrie befasst. Die Corona-Pandemie hatte das Thema vor Wochen in den Fokus gerückt. S. 8

Gewerbesteuer

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie belasten auch die Haushalte der Kommunen. Zu Plänen für einen finanziellen Ausgleich äußerten sich Sachverständige in einer Anhörung. S. 13

Erweiterungsbau

Der Landtag plant einen Erweiterungsbau. Im Architekten- und landschaftsplanerischen Wettbewerb fiel nun die Entscheidung, welches Modell umgesetzt werden soll. S. 16

Wege durch den Winter Debatte um Corona-Kurs



INHALT

RATHAUS

Kommunen in der Corona-Krise

<u>Anhörung zu geplantem finanziellen Ausgleich</u>	S. 13
<u>Standpunkte</u>	S. 14

Foto: Schälte

Aus dem Plenum

<u>Finanzpolitik in Corona-Zeiten</u>	S. 3
<u>Corona: Landtag debattiert Regeln für den Winter</u>	S. 4
<u>Meldungen</u>	S. 6
<u>Streit um Fleischindustrie</u> ...	S. 8
<u>Unterstützung im Corona-Winter</u>	S. 9
<u>Unterricht in Corona-Zeiten</u>	S. 10
<u>Strategien gegen den Terror</u>	S. 11
<u>Gesetzgebung</u>	S. 12

Forum

<u>Erweiterung des Landtags</u> ...	S. 16
<u>Aus den Fraktionen</u>	S. 18
Forum	
<u>Gedenkfeier zu Ehren sowjetischer Kriegsgefangener</u>	S. 20
Aus den Ausschüssen	
<u>Meldungen</u>	S. 22
Im Porträt	
<u>Christian Mangan (FDP)</u>	S. 23
<u>Kurz notiert</u>	S. 24

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jennifer Hüttenhölischer (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 27. November 2020, 12 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.

Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Finanzpolitik in Corona-Zeiten

Landtag berät in 2. Lesung über Haushaltsentwurf 2021

25. November 2020 – Der Landtag hat sich in 2. Lesung mit dem Entwurf der Landesregierung für den Haushalt 2021 befasst. Für die Beratungen über die Einzelpläne u. a. der Ministerien waren an zwei Tagen rund 14 Stunden eingeplant. In der Grundsatzdebatte zu Beginn der 2. Lesung stand die Bewältigung der Corona-Krise im Mittelpunkt der Debatte.



Stefan Zimkeit (SPD)

Olaf Lehne (CDU)

Monika Düker (Grüne)

Der Entwurf der Landesregierung ([17/11100](#), [17/11800](#), [17/11850](#)) sieht ein Gesamtvolumen von rund 82 Milliarden Euro vor. Es sollen keine neuen Schulden aufgenommen werden. Die Lasten der Corona-Pandemie werden laut der Pläne weiter über den im Frühjahr beschlossenen NRW-Rettungsschirm finanziert, der nach Angaben des Finanzministeriums in den Jahren 2021 und 2022 fortgeführt werden soll. Über den Rettungsschirm steht ein Sondervermögen von bis zu 25 Milliarden Euro zur Verfügung, das die direkten und indirekten Folgen der Corona-Pandemie auffangen sowie „notwendige konjunkturelle Maßnahmen“ ermöglichen soll.

Stefan Zimkeit (SPD) sprach in der Grundsatzdebatte von einer „lethargischen Finanzpolitik“ der Landesregierung. Sie tue so, als ob es die Wirtschaftskrise infolge der Corona-Pandemie nicht gebe. Anstatt zu investieren, sinke die Investitionsquote. Die Menschen würden nicht finanziell entlastet, die Kommunen benötigten mehr Hilfe. Es müsse jetzt gehandelt werden gegen eine drohende Pleitewelle, steigende Arbeitslosenzahlen und eine soziale Spaltung. Beim Rettungsschirm habe die Koalition keinen Plan, wie es weitergehen solle. Der Großteil der Mittel diene nur dazu, die „Legende eines schuldenfreien Haushalts“ aufrechtzuerhalten.

Olaf Lehne (CDU) nannte die Kritik „realitätsfern“. Der Haushaltsentwurf der Landesregierung für 2021 beweise, dass CDU und FDP das Land gut durch die Krise steuerten. Er fuße auf den drei Prinzipien „Transparenz, Verlässlichkeit und Vorsorge“. Seine Stärke sei die klare Abgrenzung zwischen dem Etat für 2021 und dem NRW-Rettungsschirm, der bis 2022 auf-

gespannt bleibe. Der finanzpolitische Kurs aus Modernisieren, Investieren und Konsolidieren werde auch in der Krise fortgesetzt. Dies hätten SPD und Grüne selbst in Zeiten ohne Krisen nicht geschafft und böten nun einen „Kritik-Überbietungswettbewerb“.

„Konjunkturimpulse“

„Wir lehnen diesen Haushaltsplanentwurf der Regierung heute ab“, sagte **Monika Düker** (Grüne). Der Entwurf werde weder den Herausforderungen der Corona- noch der Klimakrise gerecht. Die Landesregierung müsse transparent darlegen, nach welchen Kriterien die Mittel aus dem NRW-Rettungsschirm zur Bewältigung der Corona-Pandemie verwendet werden sollen. Das Geld müsse für „Konjunkturimpulse“ genutzt werden, um die Rezession abzufedern. Es brauche zudem u. a. eine höhere Investitionsquote, ein Investitionspaket aus Landesmit-

eln für Kommunen sowie Kompensationen für Ausfälle der Gewerbesteuer.

Das Umfeld der Haushaltsberatungen werde durch externe Faktoren der weltweiten Corona-Pandemie geprägt, sagte **Ralf Witzel** (FDP). Die Landesregierung wolle aber „möglichst schnell den Krisenmodus“ überwinden und NRW wieder zu einem „Aufsteigerland“ machen. Vorgesehen im Haushalt seien u. a. 550 Millionen Euro zusätzlich für Kitas, 2.750 neue Lehrerstellen sowie 570 Stellen für Schulverwaltungsassistenten. Die Innere Sicherheit profitiere durch 2.960 neue Kommissaranwärterinnen und -anwärter und 500 Beschäftigte für den polizeilichen Verwaltungsdienst. Zudem gebe es Investitionen in Digitalisierung und Kommunen.

Die Schuldenbremse könne nur eingehalten werden, „weil es nun mit dem Corona-Topf eine Art zweites Konto gibt“, sagte **Herbert Strotebeck** (AfD). Es werde über Jahrzehnte im Minus stehen und das Land langfristig schwer belasten. Für die AfD-Fraktion habe die Generationengerechtigkeit höchste Priorität. Auch der Bund der Steuerzahler mahne „Finger weg von der Schuldenbremse“. Für den Haushalt 2021 habe seine Fraktion 127 Anträge mit einem Einsparvolumen von mehr als einer halben Milliarde Euro eingebracht. Die Landesregierung habe die „guten Jahre“ nicht für eine durchgreifende Haushaltskonsolidierung genutzt.

Der Landeshaushalt setze die richtigen Schwerpunkte für das „Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen“, sagte Finanzminister **Lutz Lienenkämper** (CDU). Es handle sich um einen „Haushalt mit Maß und Mitte“. Lienenkämper wies insbesondere Vorwürfe von SPD und Grünen zurück. Der Etat sei weder intransparent noch unsozial. Dass Wirtschaftsimpulse fehlten, sei ebenfalls falsch, sagte der Minister. Beispiele seien u. a. Investitionen in Digitalisierung und Krankenhäuser, in Kunst und Kultur, in die Umweltwirtschaft. Die Investitionsquote werde 2021 bei 10,3 Prozent und damit weit über dem Durchschnitt der anderen Flächenländer liegen.

wib, tob, zab

Fotos: Schälte



Ralf Witzel (FDP)

Herbert Strotebeck (AfD)

Finanzminister
Lutz Lienenkämper (CDU)

Corona: Landtag deba



Ministerpräsident Armin Laschet (CDU)

26. November 2020 – Der Landtag hat über die Ergebnisse des Bund-Länder-Gipfels zum weiteren Kurs der Pandemie-Bekämpfung debattiert. Grundlage war eine Unterrichtung durch Ministerpräsident Armin Laschet (CDU). Bund und Länder hatten sich u. a. auf eine Verlängerung des Teil-Lockdowns sowie weitere Kontaktbeschränkungen geeinigt, die über Weihnachten und Silvester aber gelockert werden sollen.

Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) kündigte an, dass der Teil-Lockdown bis zum 20. Dezember verlängert werde – mit Schließungen u. a. von Gastronomie, Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Die Maskenpflicht werde ausgeweitet und gelte künftig auch vor Geschäften und auf Parkplätzen. Private Zusammenkünfte seien ab dem 1. Dezember mit maximal fünf Erwachsenen aus zwei Haushalten erlaubt. Ausnahmen gebe es für die Weihnachtstage und den Jahreswechsel. Schulen in Städten, die einen Inzidenzwert von 200 und

mehr aufwiesen, dürften Hybridunterricht ab der achten Klasse anbieten. Grundsätzlich habe das Offenhalten von Kitas und Schulen „oberste Priorität“.

SPD-Chef **Thomas Kutschaty** sagte, dass die Beschlüsse des Corona-Gipfels einen tiefen Eingriff in die Grundrechte bedeuteten. Sie seien „umstritten“, aber „notwendig“. Die SPD-Fraktion unterstütze daher die beschlossenen Maßnahmen. Gleichwohl blieben wichtige Fragen offen – etwa mit Blick auf Schulen. Die Landesregierung versäume es, den Rat von

Sachverständigen zu Wechselmodellen für den Unterricht anzunehmen, um Bildung so lange wie möglich anbieten zu können. Wichtig sei insgesamt eine „durchdachte Strategie“ mit klaren Regeln für die kommenden Wochen und Monate: „Die Corona-Pandemie endet nicht an Weihnachten.“

CDU-Fraktionsvorsitzender **Bodo Löttgen** betonte, es gebe gute und schlechte Nachrichten, aber erstmals überwögen die guten. Löttgen verwies insbesondere auf den möglichen Einsatz eines Impfstoffes bereits ab Dezember. Dies bedeute „Licht am Ende des Tunnels“ und die Hoffnung auf eine Rückkehr zu einem normalen Leben. Nun bedürfe es einer weiteren „Zeit der Disziplin“, in der die Hygiene- und Abstandsregeln eingehalten werden müssten. Deutliche Kritik übte Löttgen an Menschen, die sich nicht an diese Regeln hielten. Der Opposition warf er eine unseriöse Politik vor. Sie sei nicht bereit, einen Beitrag im Kampf gegen die Pandemie zu leisten.

„Stufenplan“

Grünen-Fraktionsvorsitzende **Josefine Paul** betonte wie der SPD-Fraktionschef, dass auch ihre Fraktion die Maßnahmen mittrage. Sie seien notwendig. Paul bemängelte zugleich das Fehlen von differenzierten Ansätzen und einer langfristigen Strategie. Die Menschen verlören langsam den Überblick. Notwendig sei ein klarer und nachvollziehbarer Stufenplan, welche Maßnahmen ab welchem Inzidenzwert griffen. Der Landesregierung warf sie vor, diese fahre auf Sicht und habe wertvolle Zeit verstreichen lassen. Die Koalitionsfraktionen legten keine

Fotos: Schälte



Thomas Kutschaty (SPD)

Bodo Löttgen (CDU)

Josefine Paul (Grüne)

Christof Rasche (FDP)

ttiert Regeln für den Winter

eigenen Konzepte vor und arbeiteten sich stattdessen an der Opposition ab.

Seine Fraktion sei mit dem Ergebnis der Bund-Länder-Beratung „in ganz weiten Teilen sehr zufrieden“, sagte FDP-Fraktionschef **Christof Rasche**. Die Bundesländer hätten sich in vielen Bereichen gegen die Bundesregierung durchgesetzt. Dieser Erfolg sei insbesondere Ministerpräsident Armin Laschet zuzuschreiben. Die 16 Bundesländer und auch der Bund hätten sich grundsätzlich für Präsenzunterricht ausgesprochen, hob Rasche u. a. hervor. Ausnahmen seien lediglich „schulscharf“ in sogenannten Hotspots möglich. Dass die Novemberhilfen noch nicht ausgezahlt worden seien, sei „Mist“. Im Dezember müsse dies „endlich besser werden“.

Politiker seien in diesen Zeiten gefordert, ihr „absolut Bestes zu geben“, sagte **Dr. Martin Vincentz** (AfD). Davon sei man aber „Lichtjahre entfernt“. Vielmehr gehe es den anderen Fraktionen um Profilierung. Breiten Raum habe in der Debatte die Schulpolitik eingenommen. Für das Infektionsgeschehen sei das Thema aber wahrscheinlich von untergeordneter Bedeutung. Von den über Achtzigjährigen, die gesundheitlich besonders gefährdet seien, werde dagegen kaum gesprochen. Die Einschränkungen der Grundrechte könnten mehr Schaden anrichten als verhindern, so Vincentz. Erste Zahlen zur „Übersterblichkeit durch den Lockdown“ lägen vor.

Ein Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen („Schulen in der Pandemie krisenfest machen – verbindliche Handlungsrahmen für die verantwortungsvolle Arbeit der Schulen vor Ort“; [17/11978](#)) wurde mehrheitlich abgelehnt.

to, wib, zab



Dr. Martin Vincentz (AfD)

Unterrichtung der Landesregierung vor dem Bund-Länder-Gipfel

25. November 2020 – Kurz vor Beginn der Bund-Länder-Konferenz zu den weiteren Corona-Maßnahmen hatte Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) am 25. November 2020 den Landtag über die Positionen der Landesregierung unterrichtet. Der Ministerpräsident sagte, nach vier Wochen Teil-Lockdown sei es gelungen, die Infektionswelle zu brechen. Die Zahlen seien aber immer noch zu hoch. Daher müssten die Schutzvorkehrungen über den November hinaus auf hohem Niveau gehalten werden. SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** betonte, nur wenn das Land „Stehvermögen und Entschlossenheit“ beweise, bestehe die Chance, die Pandemie zu meistern. Die Äußerungen des Ministerpräsidenten kritisierte er als „unverbindlich“. CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen** sagte, die SPD-Fraktion wolle im Landtag über Maßnahmen diskutieren, die noch gar nicht beschlossen seien. Sie wolle

den Ministerpräsidenten „an die Oppositionskandare“ spannen und „ihn so gebunden in Verhandlungen schicken“. Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer** kritisierte, ihr Vorredner habe kein Interesse an der Debatte im Parlament. Diese sei angesichts der Reichweite der anvisierten Maßnahmen aber „eine Selbstverständlichkeit“. „Es wird heute ein spannender Tag“, sagte FDP-Fraktionschef **Christof Rasche**. Die Beantragung einer Unterrichtung vor dem Gipfelgespräch bezeichnete er als „geplantes Schauspiel“ von Grünen und SPD. Gesundheit und Wirtschaft müssten wieder in Einklang kommen, sagte AfD-Fraktionschef **Markus Wagner**. Aus der Corona-Krise dürfe keine Gesellschaftskrise werden. Ein Entschließungsantrag der Grünen-Fraktion ([17/11958](#)) wurde mehrheitlich abgelehnt. Einen ausführlichen Bericht finden Sie auf der Homepage des Landtags (www.landtag.nrw.de). *red*

Sondersitzung zum Teil-Lockdown im November

30. Oktober/11. November 2020 – Angesichts deutlich steigender Corona-Zahlen hatten sich Bund und Länder bereits Ende Oktober auf neue Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie verständigt. Zwei Tage nach dem Beschluss diskutierte der Landtag in einer Sondersitzung über das Regelwerk. Die Sitzung war von den Fraktionen von SPD und Grünen sowie der Landesregierung beantragt worden. Die neuen Maßnahmen sollten zunächst bis Ende November gelten. Dazu gehörten u. a. neue Kontaktbeschränkungen. Gastronomiebetriebe, Kinos, Theater und Sporteinrichtungen mussten vom 2. November 2020 an schließen. In einer Unterrichtung warb Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) für die beschlossenen Maßnahmen. Das Ziel sei, einen Monat lang das gesamte öffentliche Leben zu reduzieren, um die zweite Corona-Welle zu brechen. SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** betonte, dass seine Fraktion die beschlossenen Maßnahmen mittrage. Er übte zugleich Kritik. Die Landesregierung habe den Landtag nicht angemessen beteiligt. Die Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung gründeten in NRW „ausschließlich auf den Entscheidungen dieses nordrhein-westfälischen Landtags“, entgegnete CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen**. Die Landesregierung habe wichtige Zeit verstreichen lassen, um etwa Gesundheitsämter und Schulen auf eine zweite Welle vorzubereiten,

sagte Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer**. „Schulen und Kindergärten bleiben offen“, betonte FDP-Fraktionschef **Christof Rasche**, ebenso der größte Teil der Wirtschaft. Gleichwohl halte die FDP-Landtagsfraktion „die eine oder andere Maßnahme für überzogen“. Für viele werde der „neue Lockdown“ zum „Knockout“, sagte AfD-Fraktionschef **Markus Wagner**. Betroffen seien Kellner und Taxifahrer, Hoteliers, Gastronomen und andere Selbstständige.

Im Anschluss an die Diskussion stellte der Landtag auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen ([17/11627](#)) eine „epidemische Lage von landesweiter Tragweite“ fest. Die AfD-Fraktion enthielt sich. Mit der Feststellung erhält die Landesregierung besondere Rechte, um die Corona-Pandemie bekämpfen zu können. Am 27. November 2020 verlängerte der Landtag die „epidemische Lage“ auf Antrag von CDU, SPD, FDP und Grünen um zwei Monate.

Am 11. November 2020 hatte es eine weitere Unterrichtung der Landesregierung mit dem Titel „Verantwortungsvoll und vorausschauend – die Lage und der Ausblick zur Bewältigung der Corona-Pandemie in Nordrhein-Westfalen“ gegeben. Verbunden war sie mit einer von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde. Ausführliche Berichte zu den beiden Sitzungen finden Sie auf der Homepage des Landtags (www.landtag.nrw.de). *red*



Solo-Selbstständige

11.11.2020 – Die Fraktionen von CDU und FDP sprechen sich für eine stärkere staatliche Unterstützung von Solo-Selbstständigen in der Corona-Krise aus. In einem Antrag (17/11660) weisen die Fraktionen darauf hin, dass Solo-Selbstständige etwa in der Kunst- und Kulturszene durch Absagen und Verschiebungen von Veranstaltungen zum Teil bis zu 100 Prozent des Einkommens weggebrochen seien. Bereits jetzt könnten mehr als anderthalb Millionen Solo-Selbstständige in Deutschland in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sein. Die bisherige finanzielle Hilfe dürfe aber nur für Betriebskosten ausgegeben werden und nicht auch für den privaten Lebensunterhalt. Dies verkenne die reale Problemlage dieser Gruppe. Die Fraktionen fordern daher die Landesregierung auf, sich im Bund für die Einführung eines „flächendeckenden Unternehmerlohns“ von mindestens 1.000 Euro einzusetzen, der unabhängig von Auflagen unbürokratisch ausbezahlt werden solle. Er solle allen Solo-Selbstständigen, Freiberuflern und im Unternehmen tätigen Inhaberinnen und Inhabern von Einzel-

unternehmen sowie Personengesellschaften mit höchstens 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, „denen durch die Corona-Pandemie die Existenzgrundlage ganz oder teilweise entzogen ist“, zugänglich sein. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP, der Grünen und der AfD bei Enthaltung der SPD angenommen. Entschließungsanträge der Fraktionen von Grünen (17/11735) und SPD (17/11737) wurden mit Mehrheit abgelehnt.

Versammlungsfreiheit

11.11.2020 – Die SPD-Fraktion hat den Entwurf für ein „Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen“ (17/11673) in den Landtag eingebracht. „Das für Versammlungen geltende Recht bestimmt sich derzeit in Nordrhein-Westfalen nach dem Bundesgesetz über Versammlungen und Aufzüge, das 1953 in Kraft getreten und seither im Wesentlichen unverändert geblieben ist“, heißt es in dem Entwurf. Die Anforderungen an ein Versammlungsgesetz hätten sich jedoch geändert. Die „rechtliche Entwicklung“ sowie die „tatsächlichen Veränderungen des Versammlungs-

geschehens in den letzten Jahrzehnten“ seien durch das Bundesversammlungsgesetz nicht nachvollzogen worden. Im Gesetzentwurf sei zudem eine Regelung enthalten, „die den aggressiven und provozierenden Missbrauch des Demonstrationsrechts durch Rechtsextremisten an Gedenktagen für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft eindämmt“. Konkret genannt werden der 27. Januar (Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz) und der 9. November (Erinnerung an die Reichspogromnacht). Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Innenausschuss überwiesen.

Einstein-Teleskop

11.11.2020 – Der Landtag unterstützt die mögliche Ansiedlung des „Einstein-Teleskops“ in der Euregio Maas-Rhein, dem Dreiländereck zwischen Aachen, Lüttich und Maastricht. Ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen (17/11657) wurde einstimmig beschlossen. Beim Einstein-Teleskop handelt es sich um einen sogenannten Gravitationswellendetektor der neuesten Generation. Laut Antrag sollen mit ihm beispielsweise

Verpflichtung neuer Abgeordneter



Der Präsident des Landtags, André Kuper (Bild r.), hat am 11. November 2020 vier neue Mitglieder des Landtags verpflichtet. Dr. Anette Bunse (62/CDU/v.r.) aus Bottrop, Frederick Cordes (34) aus Oberhausen (SPD), Helmut Diegel (64) aus Hagen und Ralf Nettelstroth (56) aus Bielefeld (beide CDU) rückten nach den Kommunalwahlen vom September über die Landeslisten ihrer Parteien für Marco Voge (CDU), Marc Herter (SPD), Arne Moritz und Frank Rock (beide CDU) nach. Voge ist neuer Landrat des Märkischen Kreises, Herter Oberbürgermeister von Hamm, Moritz Bürgermeister von Lippstadt, Rock Landrat des Rhein-Erft-Kreises. Präsident Kuper gratulierte den neuen Abgeordneten und wünschte ihnen viel Erfolg: „Auf eine gute Zusammenarbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens.“ Die Abgeordneten wurden einzeln vom Präsidenten verpflichtet. Bei dem Bild handelt es sich um eine Montage.

Fotomontage: Schälte





Schwarze Löcher bis zurück in die Anfangszeit des Universums beobachtet werden, die mit heutigen optischen und anderen Teleskopen nicht erreicht würden. Dadurch werde es Forscherinnen und Forschern möglich, die Historie der Sternentwicklung nachzeichnen zu können. Geologische Messungen hätten gezeigt, dass für das Einstein-Teleskop neben dem Dreiländereck auch Sardinien als Standort geeignet sei. Ein Verfahren für die Standortentscheidung sei zwischen allen europäischen Partnern entwickelt worden. Die Entscheidung solle 2024 fallen. Der Landtag fordert die Landesregierung u. a. auf, sich gemeinsam mit den Niederlanden und Belgien „auf allen Ebenen für das Einstein-Teleskop einzusetzen“ und beim Bundesministerium für Bildung und Forschung dafür zu werben, den geplanten Bau unter eventueller Beteiligung des Landes NRW finanziell zu unterstützen. Eine aktuelle Studie zeige, dass sich der Bau des Teleskops nicht nur wissenschaftlich, sondern auch wirtschaftlich positiv auf die Euregio und Nordrhein-Westfalen auswirken könne.

Glücksspiel

12.11.2020 – Die Abgeordneten haben sich in erster Lesung mit einem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zum Glücksspielstaatsvertrag 2021 (17/11683) befasst. Der „Staatsvertrag zur Neuregulierung des Glücksspielwesens“ soll die Regeln für private Anbieter von Sportwetten und Online-Casinos von Juli 2021 an grundlegend reformieren. Die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder haben das Regelwerk Ende Oktober unterzeichnet. Trotz des bestehenden weitgehenden Verbots von Glücksspielen im Internet habe sich ein Schwarzmarkt gebildet, „auf dem virtuelle Automatenspiele, Online-Poker und Online-Casinospiele angeboten und von Spielern nachgefragt werden“, heißt es in den Erläuterungen zum Staatsvertrag. Er habe u. a. zum Ziel, Glücksspielsucht zu bekämpfen, Glücksspielangebote zu kanalisieren sowie den Spieler- und Jugendschutz zu gewährleisten. Um diese Ziele zu erreichen, sollen „Erlaubnisse für die Veranstaltung von Online-Casinospielen, virtuellen Automatenspielen und Online-Poker erteilt werden, welche ein inhaltlich begrenztes

Angebot dieser Spielformen ermöglichen“. Aus Gründen des Spielerschutzes seien „teils erheblich einschränkende Maßnahmen“ vorgesehen. Um gegen illegale Angebote vorzugehen, solle eine zentrale, länderübergreifend tätige Behörde geschaffen werden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss überwiesen.

Flugbranche

12.11.2020 – Die AfD-Fraktion fordert, weiterhin Corona-Testzentren für Reiserückkehrer an Flughäfen zu betreiben. Die Kassenärztliche Vereinigung NRW habe mitgeteilt, den Betrieb der Einrichtungen in Ankunftsbereichen an den Flughäfen Düsseldorf und Weeze ab dem 1. November 2020 einzustellen, heißt es in einem Antrag der Fraktion (17/11672). Grund dafür sei, dass die Landesregierung ihr Engagement beim Betrieb der Testzentren beendet habe. Die Politik müsse Rahmenbedingungen schaffen, die „dem Bürger die Bereitschaft und Freiheit des Reisens zurückgeben“. Die Landesregierung solle sich für die Luftverkehrsbranche einsetzen und veranlassen, „dass für Rückkehrer weiterhin die Möglichkeit besteht, sich unverzüglich nach der Ankunft aus Risikogebieten an Corona-Testzentren testen zu lassen“. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen abgelehnt.

Rechtsextremismus

13.11.2020 – Der Landtag hat sich mit einer Großen Anfrage der Grünen-Fraktion zum Thema „Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen“ (17/8873) sowie der Antwort der Landesregierung (17/11081) befasst. Die Fraktion hatte u. a. nach Erkenntnissen über rechtsextreme Parteien, die Neonazi-Szene, die sogenannte Neue Rechte, Rechtsterrorismus und das Umfeld des rechtsextremen Spektrums gefragt. Dabei ging es u. a. um Mitgliederzahlen, Altersstrukturen, Aktionsformen, Straftaten, Waffenbesitz und Verbindungen innerhalb der Szene. Weitere Fragen bezogen sich auf Rechtserock, Kampfsport, Medien und „Strategien der Rechten“. Die Antwort der Landesregierung umfasst insgesamt 129 Seiten.

ThyssenKrupp

27.11.2020 – In einer Aktuellen Stunde haben sich die Abgeordneten mit der Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen und der Stahlsparte von ThyssenKrupp befasst. Der Konzern hatte zuvor angekündigt, statt der bisher geplanten 6.000 Stellen in den kommenden Jahren insgesamt 11.000 Arbeitsplätze zu streichen. Der Debatte lagen Anträge der AfD-Fraktion (17/11895), der SPD-Fraktion (17/11896) sowie der Fraktionen von CDU und FDP (17/11897) zugrunde. **Christian Loose** (AfD) kritisierte, die Probleme bei ThyssenKrupp seien die Folge von Managementversagen und politischen Beschlüssen. Durch den Atom- und Kohleausstieg sowie durch EU-Auflagen für die Automobilbranche seien wichtige Geschäftsfelder der Stahlindustrie zerstört worden. **André Stinka** (SPD) sagte, seine Fraktion werde sich für die Zukunft des Stahlstandortes NRW starkmachen. Eine Beteiligung des Landes an ThyssenKrupp dürfe nicht voreilig ausgeschlossen werden. Über Vor- und Nachteile einer Staatsbeteiligung müsse offen diskutiert werden. Dass 11.000 Stellen abgebaut werden sollen, sei eine „Hiobsbotschaft“, sagte **Henning Rehbaum** (CDU). Zigtausende Familien lebten von und mit ThyssenKrupp, sie alle bräuchten „Planungssicherheit und eine gute Zukunft in Nordrhein-Westfalen“. Ein „Staats-einstieg“ sei aber kein Allheilmittel. **Dietmar Brockes** (FDP) sprach von einem „tiefgreifenden Einschnitt in den nordrhein-westfälischen Industriestandort“. Eine Beteiligung des Landes am Unternehmen sei jedoch kaum realisierbar. Der Bund habe im Rahmen des Strukturstabilisierungsfonds deutlich bessere Möglichkeiten. **Matthi Bolte-Richter** (Grüne) sagte, von der Debatte müsse das gemeinsame Signal ausgehen, dass man an der Seite der Beschäftigten von ThyssenKrupp und ihrer Familien stehe. Die Stahlindustrie brauche eine neue Perspektive. Als einzige komme die Produktion von klimaneutralem Stahl infrage. Wirtschaftsminister **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP) betonte, in NRW müsse der modernste Stahl der Welt produziert werden, und zwar so klimaneutral und wirtschaftlich wie möglich. Die Landesregierung werde den Transformationsprozess unterstützen. Eine Landesbeteiligung bei ThyssenKrupp lehnte Pinkwart ab.



Foto: picture alliance/ZB | Jan Woitas

PLENUM

Streit um Fleischindustrie

Aktuelle Stunde zu Arbeitsbedingungen

25. November 2020 – Leiharbeit und Werkverträge in der Fleischbranche sollen laut einem Gesetzentwurf der Bundesregierung in großen Unternehmen verboten werden. Die SPD-Fraktion hatte eine Aktuelle Stunde im Landtag beantragt, weil sie befürchtet, dass Ausnahmen im geplanten Arbeitsschutzkontrollgesetz zugelassen werden könnten.

Medienberichten zufolge habe Arbeitsminister Laumann seinen „bislang strikten Kurs für eine Regulierung der Machenschaften in der Fleischindustrie“ verlassen, heißt es im Antrag der Fraktion (17/11894). Bei Beratungen zum geplanten Gesetz der Bundesregierung sei Laumann zurückgerudert. Er wolle Ausnahmen beim Abschluss von Werkverträgen zulassen, zum Beispiel für fleischveredelnde Betriebe. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung müsse aber „wie vorgesehen und unverändert“ verabschiedet werden, fordert die SPD-Fraktion.

Josef Neumann (SPD) kritisierte, dass ein Teil der Unions-Bundestagsfraktion Ausnahmen für die fleischveredelnde Industrie im Arbeitsschutzkontrollgesetz erreichen wolle. Dies werde von der nordrhein-westfälischen Landesregierung unterstützt. Neumann sprach von „unwürdigen und unmenschlichen“ Arbeits- und Lebensbedingungen für Werk- und Leih-

arbeiter insbesondere aus Osteuropa, die durch die Corona-Krise öffentlich geworden seien. Dieser „Sumpf“ müsse trockengelegt werden. An Landesarbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) gerichtet sagte er: „Ich fordere Sie auf, rudern Sie zurück.“

Peter Preuß (CDU) wies die Kritik an Landesminister Karl-Josef Laumann zurück. Dieser habe das Thema Arbeitsschutz in der Fleischindustrie auf die Tagesordnung gesetzt und sei „klar und unverbiegsam“ in seiner Haltung. Der Minister nutze bereits alle landesrechtlichen Mittel aus, um den Arbeitsschutz zu stärken und praktiziere dies „in nie dagewesener Weise“. Die SPD-Fraktion wolle mit der Aktuellen Stunde und der Kritik offensichtlich nur von der Tatsache ablenken, dass sich ihre eigenen Parteikollegen in der Bundeskoalition nicht durchsetzen könnten.

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne) kritisierte die Verhältnisse für die Leih- und Werkvertragsar-

beit in der Fleischindustrie. Trotz der Corona-Krise habe die Fleischindustrie in diesem Jahr ihre Exporte steigern können, im ersten Quartal allein um 15 Prozent. Es sei ein „Märchen der Fleischindustrie“, dass Leiharbeit dazu diene, um Spitzen in der Produktion abzufangen. „Sie brauchen die Leiharbeit, um den Export nach China und in die Welt zu finanzieren.“ Da dürfe sich die Politik nicht „einlullen“ lassen. Die Grünen-Fraktion lehne daher eine „Verwässerung“ des geplanten Arbeitsschutzkontrollgesetzes ab.

„Misstände in der Branche“

Die Positionen von SPD und Grünen seien „ideologisch getrieben“, sagte **Stefan Lenzen** (FDP). Es sei falsch, die Themen Schlachtung, Zerlegung und Veredelung „in einen Topf“ zu werfen. Auch zwischen Werkverträgen und Zeitarbeit müsse unterschieden werden. Zwar herrschten Misstände in der Branche, etwa bei manchen Werkvertragsgestaltungen. Eine „übermäßige Regulierung“ müsse aber vermieden werden. Zeitarbeit könne sinnvoll eingesetzt werden, um den Personalbedarf „gerade im Bereich von Produktionsspitzen“ zu decken. Ein Verbot der Zeitarbeit in der Fleischarbeit sei „weder erforderlich noch angemessen“.

In den Schlachtbetrieben habe es viele Verstöße gegen den Arbeitsschutz gegeben, sagte **Dr. Martin Vincenz** (AfD). Reformen seien daher erforderlich. Vincenz warnte jedoch davor, in den Betrieben das „pure Böse“ zu sehen. Dass man in der Branche Gesetze biege und dehne, „dass es gerade eben noch legal ist“, liege jedoch an erheblichen wirtschaftlichen Zwängen. Einkäufer großer Lebensmittelkonzerne verlangten günstige Preise, weil auch Verbraucherinnen und Verbraucher nicht viel Geld fürs Fleisch ausgeben wollten. Für das „Bio-Hüftsteak“ hätten die Menschen zu wenig Geld.

Sein Bestreben sei, dass das Gesetz vor Weihnachten vom Bundestag beschlossen werde, sagte Arbeitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU). Zumindest die Arbeits- und Sozialpolitiker im Landtag wüssten seit Jahren, dass die Arbeitsbedingungen in der deutschen Fleischwirtschaft „schlecht und nicht akzeptabel sind“. Jahrelang habe dies in der politischen Debatte in Nordrhein-Westfalen aber keinen hohen Stellenwert gehabt. Er nehme für sich in Anspruch, das Thema „ziemlich weit in die Öffentlichkeit gebracht“ zu haben. „Ich glaube, ohne meinen Brief an das Corona-Kabinettt wäre gar nichts in Gang gekommen“, sagte Laumann.

wib, tob, zab

Unterstützung im Corona-Winter

Minister unterrichtet Landtag über „Novemberhilfen“

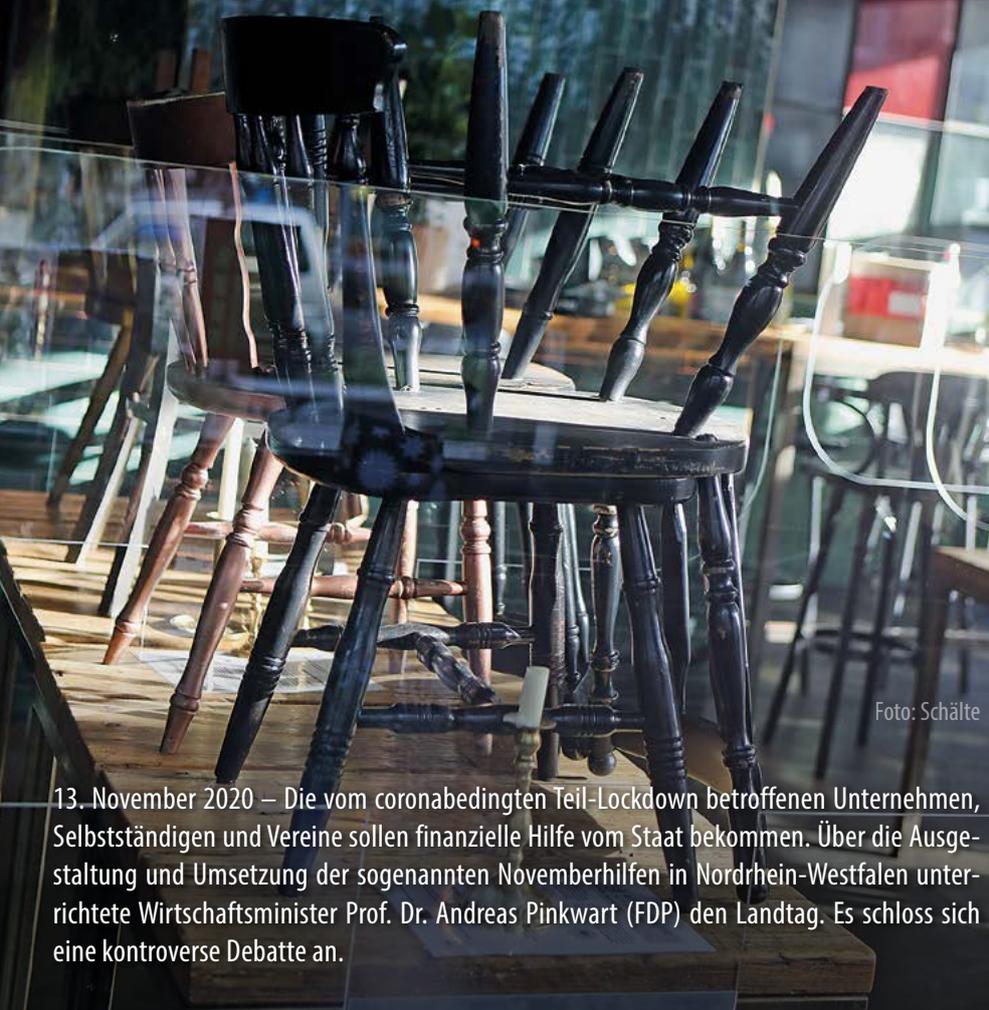


Foto: Schälte

13. November 2020 – Die vom coronabedingten Teil-Lockdown betroffenen Unternehmen, Selbstständigen und Vereine sollen finanzielle Hilfe vom Staat bekommen. Über die Ausgestaltung und Umsetzung der sogenannten Novemberhilfen in Nordrhein-Westfalen unterrichtete Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) den Landtag. Es schloss sich eine kontroverse Debatte an.

Die Unterrichtung trug den Titel „Ausgestaltung und Umsetzung der Außerordentlichen Wirtschaftshilfen für vom Teil-Lockdown erfasste Unternehmen, Betriebe, Selbständige, Vereine und Einrichtungen“. Am Vortag hatte Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) Details zu den Hilfen genannt. So sollten diese ab Ende November in Form von Abschlagszahlungen ausgezahlt werden.

Die Vollschließung einiger Branchen führe zu massiven Einbußen für Betroffene, sagte Wirtschaftsminister **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP). Bund und Länder hätten daher umfassende Hilfen beschlossen. Antragsberechtigt seien u. a. Unternehmen, Betriebe, Selbständige, Vereine und Einrichtungen, die von temporären Schließungen betroffen seien. Auch alle Unternehmen, die regelmäßig 80 Prozent ihrer Umsätze mit Unternehmen erzielten, die direkt von den Schließungen betroffen seien, könnten die Novemberhilfen beantragen. Die

Hilfen würden einen solidarischen Beitrag für die Gesellschaft leisten.

Frank Sundermann (SPD) kritisierte, Minister Pinkwart habe lediglich Informationen vorgebracht, die seit dem 6. November 2020 auf der Internetseite des Bundeswirtschaftsministeriums nachzulesen seien. Die Landesregierung habe die Unterrichtung zu Wirtschaftshilfen nur anberaumt, um „die Aufmerksamkeit von der schwankenden Schulministerin abzulenken“, die aktuell in der Kritik stehe. Das sei „peinlich“ und „respektlos“ gegenüber dem Parlament. Die Landesregierung instrumentalisierere und „verhöhne“ betroffene Selbstständige und Unternehmer, um ein „politisches Geschäft“ zu machen. „Sie sollten sich schämen, Herr Ministerpräsident.“

Henning Rehbaum (CDU) warf Sundermann eine „beispiellose Entgleisung“ vor. Bei den Hilfen für Unternehmen habe das Land vorbildlich und schnell agiert. Mit einem „großen

Werkzeugkasten an Hilfen“ seien „unzählige Unternehmen im Notbetrieb durch den ersten Teil der Corona-Pandemie gebracht“ worden. Dennoch habe die Unterstützung nicht alle erreicht. „9.000 oder auch 25.000 Euro Soforthilfe waren für viele dieser Betriebe leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein“, sagte Rehbaum. Deshalb sei es zu Überbrückungshilfen gekommen, deren Bearbeitung und Auszahlung nun angelaufen sei.

Teil-Lockdown

Horst Becker (Grüne) sprach von einer Unterrichtung „ohne riesigen Neuigkeitswert“ und einer Diskussion, die aus dem Bundestag in den Landtag verlagert worden sei. Positiv sei, dass die Abrechnung und Rückzahlungspflichten deutlich ins nächste Jahr verlagert worden seien und die Novemberhilfen vom 25. November an ausgezahlt werden sollen. Man müsse sich aber fragen, was man zusammen in Nordrhein-Westfalen tun könne, „wenn der Bund nicht endlich mehr in die Pötte kommt“. Kleine Fortschritte seien auch Fortschritte, „aber ausreichende Fortschritte sehen deutlich anders aus als das, was Sie uns heute Morgen hier vorgestellt haben“.

Ralph Bombis (FDP) betonte, seine Fraktion habe sich schwergetan, die flächendeckenden Schließungen im November mitzutragen. Gastronomie und Hotelbranche hätten Hygienekonzepte entwickelt und Geld in die Maßnahmen investiert. Die FDP unterstütze den Teil-Lockdown aber aus staatspolitischer Verantwortung. Den Betroffenen schulde man nun, dass die Hilfen schnell und unbürokratisch ausgezahlt würden. Daher sei es eine gute Nachricht, dass es Abschlagszahlungen geben solle. Die Kritik der SPD wies Bombis zurück. Es sei „unterirdisch“, dem Wirtschaftsminister eine Instrumentalisierung des Themas vorzuwerfen. Dafür sei eine Entschuldigung fällig.

Christian Loose (AfD) kritisierte, dass der Staat Milliarden „an frisch gedruckten Geldscheinen und neuen Schulden“ in die Hand nehme. Geld, das die „Fleißigen“ künftig erwirtschaften und die Kinder zurückzahlen müssten. Dabei seien die verhängten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie nicht verhältnismäßig. Es müssten vor allem Risikogruppen geschützt werden. Auch könne das Virus durch eine Informationskampagne zu Hygieneregeln massiv eingedämmt werden. Stattdessen seien Bereiche geschlossen worden, bei denen es kein erhöhtes Infektionsrisiko gebe. Den Betroffenen werde dafür „Geld in die Hand gedrückt“.

tob, zab, wib

Unterricht in Corona-Zeiten

Debatte um Präsenzunterricht und Weihnachtsferien

13. November 2020 – Wie kann der Schulunterricht während der Corona-Pandemie aufrechterhalten werden? Um diese Frage ging es in einer Aktuellen Stunde, die von den Fraktionen von SPD und Grünen beantragt worden war (17/11812). Anlass waren u. a. die Entscheidung der Landesregierung, die Weihnachtsferien vorzuziehen, und die Debatte um das sogenannte Solinger Modell aus Präsenz- und Digitalunterricht.

Die Landesregierung habe mit ihrem Vorschlag der vorgezogenen Weihnachtsferien eine „Blendgranate“ gezündet, kritisierte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty**. Sie wolle davon ablenken, dass sie kein Konzept habe, um Unterricht an Schulen in Pandemie-Zeiten möglichst lange aufrechtzuerhalten. Weihnachtsferien vorzuziehen, werde nicht die gewünschte Wirkung erzielen, sagte Kutschaty. Er verwies darauf, dass sich Kinder an den freien Tagen vor Weihnachten vermutlich weiterhin zum Spielen verabredeten oder sich in der Notbetreuung in gebildeten Gruppen aufhielten, in denen es ein erhöhtes Ansteckungsrisiko gebe.

Wenn die Landesregierung weiterhin „ohne Konzept“ agiere, werde es einen „schleichenden und ungesteuerten Lockdown“ an Schulen geben, warnte Grünen-Fraktionschefin **Josefine Paul**. Die Landesregierung versäume es, Maßnahmen des Robert Koch-Instituts zum Infektionsschutz umzusetzen. Sie agiere widersprüchlich, da sie einerseits eine „Scheinnormalität“ an Schulen suggeriere und andererseits eine Art „Weihnachtsquarantäne“ verhängte. Es stelle sich die Frage, warum die Schulministerin Konzepte zur räumlichen Entzerrung des Unterrichts nicht weiter verfolge, obwohl sich diese aufdrängten.

Das Lernen im Klassenraum sei die „beste Form der Beschulung“, sagte **Claudia Schlottmann** (CDU). Dennoch sei ein zweites Modell erforderlich, wenn Infektionszahlen steigen und Präsenzunterricht „nicht mehr allumfassend

möglich“ sei. Der zweitbeste Weg, so Schlottmann, sei das Lernen in Hybrid- und Distanzunterricht. Im Sommer habe man gesehen, „dass diese Modelle notgedrungen funktionieren“. Auch in der jetzigen Situation dürfe man „nicht alle über einen Kamm scheren“. Wichtig seien individuelle Lösungen, um den Präsenzunterricht für die meisten Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen.

Schulgipfel

SPD und Grüne leierten mit der Aktuellen Stunde zum vierten Mal das „Solingen-Corona-Erlösungsmodell“ herunter, sagte **Helmut Seifen** (AfD). Damit zwängen sie das Parlament, „sich mit den singulären Ideen eines Oberbürgermeisters einer mittleren Großstadt zu beschäftigen“. Bereits in zurückliegenden Ausschusssitzungen sei das Thema zur Sprache gekommen. SPD und Grüne trügen eine „politische Privatfehde mit der Ministerin“ aus, instrumentalisierten dazu einen Oberbürgermeister und langweilten das Parlament mit unbrauchbaren Vorschlägen. Distanzunterricht könne keinen Präsenzunterricht ersetzen, sagte Seifen.

Franziska Müller-Rech (FDP) kritisierte die bildungspolitischen Vorstellungen der SPD in der Corona-Pandemie. Die Forderung nach einem „Schulgipfel“ sei reines Theater und diene nur der Profilierung. Das angebliche Chaos in

der Schulpolitik werde von der SPD herbeigeredet und in die Schulen hineingetragen. Für die Forderung nach einem Wechselmodell aus Präsenz- und Distanzunterricht gebe es keinen gesellschaftlichen Rückhalt. Laut einer Studie unterstützten 56 Prozent der Bürgerinnen und Bürger den Kurs der Landesregierung, auch in Zeiten hoher Infektionszahlen den Präsenzunterricht beizubehalten.

Schulministerin **Yvonne Gebauer** (FDP) warf der SPD eine „Inszenierung“ und „politische Spielchen“ vor. Sie erinnerte daran, dass die Schülerinnen und Schüler genau vor acht Monaten in den Lockdown geschickt worden seien. Dies sei nach heutigem Stand der Erkenntnis eine schlechte Entscheidung gewesen. Und doch wollten SPD und Grüne es nun wieder tun. Wer keine anderen Ideen habe, als die Hälfte der Kinder nach Hause zu schicken, kapituliere vor den Herausforderungen der Zeit. Die Landesregierung sei dagegen gut aufgestellt und tue gut daran, die Kinder solange wie möglich im Präsenzunterricht zu halten.

Verbunden mit der Aktuellen Stunde war ein gemeinsamer Antrag von SPD und Grünen („Bildung und Infektionsschutz zusammen denken! Für krisenfesten Lernräume sorgen – neue Wege gehen“; 17/11655). Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. *tob, zab, wib*

Strategien gegen den Terror

Aktuelle Stunde nach Anschlägen in Europa

12. November 2020 – Vier islamistische Terroranschläge innerhalb weniger Wochen haben Europa erschüttert. Der Landtag befasste sich in einer Aktuellen Stunde mit den Bluttaten von Dresden, Paris, Nizza und Wien und diskutierte über den Umgang mit Gefährdern.

Die Aktuelle Stunde war von den Fraktionen von CDU und FDP beantragt worden. In dem Antrag (17/11726) heißt es: „Zum einen müssen solche Personen, die in Deutschland keine Aufenthaltsberechtigung haben, schnellstmöglich wieder in ihr Heimatland zurückgeführt

Grundordnung. Diejenigen, die die freiheitliche Gesellschaft beseitigen wollten, hätten darin aber keinen Platz. Die Landesregierung gehe konsequent gegen jede Form des Extremismus vor. Dort, wo präventive Maßnahmen nicht mehr möglich seien, müsse der Rechtsstaat

Deutschland verlassen. Das Problem sei durch Abschiebungen allein aber nicht zu lösen. Denn von bundesweit rund 600 islamistischen Gefährdern besäßen 217 die deutsche und 119 eine doppelte Staatsbürgerschaft. Es brauche wirksame Präventionsmaßnahmen, um einer Radikalisierung frühzeitig entgegenzuwirken.

„Die jüngsten islamistischen Terroranschläge in Westeuropa erschüttern unsere demokratische Gesellschaft“, sagte Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer**. Sie hätten vor Augen geführt, „wie menschenverachtend die Ideologie des Islamismus ist“. Diese Ideologie müsse mit Mitteln des Rechtsstaats, mit Repression und Prävention bekämpft werden. Dafür sei ein



Gregor Golland (CDU)

Stefan Lenzen (FDP)

Markus Wagner (AfD)

Ibrahim Yetim (SPD)

Verena Schäffer (Grüne)

Integrationsminister
Dr. Joachim Stamp (FDP)

werden. Zum anderen müssen präventive Maßnahmen verbessert werden für solche, die dem gewaltbereiten Islamismus den Rücken kehren wollen.“ Laut einem Medienbericht seien rund 30 Islamisten ausstiegsbereit. Weitere 50 bis 60 Personen würden intensiv in Aussteigerprogrammen betreut.

Gregor Golland (CDU) sagte, nach den Anschlägen der vergangenen sechs Wochen rücke Europa zusammen, müsse und werde handeln. Dabei seien auch der Bund und die Länder gefragt. Mit dem Regierungswechsel 2017 habe es einen Paradigmenwechsel gegeben. Die Landesregierung habe die „klare Strategie“, Integrationswillige zu integrieren, Intolerante und Unberechtigte abzuschieben. So habe das Land im vergangenen Jahr 44 Prozent der bundesweiten Abschiebungen von Gefährdern durchgeführt und liege damit an der Bundesspitze. In sieben Jahren Rot-Grün habe dazu der politische Wille gefehlt.

Stefan Lenzen (FDP) betonte, die Angriffe hätten gezeigt, dass die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus weiterhin „extrem hoch“ sei. Der Islam habe wie alle Religionen seinen Platz in der freiheitlich demokratischen

greifen. Lenzen verwies wie sein Vorredner dabei auf die hohe Zahl an Abschiebungen von Gefährdern in Nordrhein-Westfalen.

„Die Gefahr ist nah“

„Islamisten ziehen mordend durch unsere Städte“, sagte AfD-Fraktionschef **Markus Wagner** mit Blick auf die jüngsten Anschläge. „Dieser Islam, für den die Mörder unterwegs sind, gehört nicht zu Deutschland.“ Seitens der Politik sei ein konsequentes Handeln mit allen rechtsstaatlichen Mitteln erforderlich: Grenzen müssten besser geschützt werden, um den „Zufluss von Gefährdern“ zu stoppen. Gleichzeitig müsse die Zahl der Abschiebungen erhöht werden. Im Jahr 2020 seien bislang aber nur sechs Gefährder aus Nordrhein-Westfalen abgeschoben worden. Das sei ein „skandalöses Abschiebeversagen“.

Ibrahim Yetim (SPD) entgegnete, die AfD-Fraktion bringe Hass und Hetze in den Diskurs und mache sich zum „Stichwortgeber für Rechtsradikale und Islamisten“. Klar sei: „Die Gefahr des islamistischen Terrors ist nah.“ Wer sein Aufenthaltsrecht und Asyl missbrauche und erhebliche Straftaten begehe, müsse

„langer Atem“ erforderlich. Wenn rechtsstaatliche Voraussetzungen zur Abschiebung von Gefährdern ohne deutsche Staatsangehörigkeit vorlägen, müssten die Abschiebungen auch vollzogen werden. Es fehlten aber noch immer Rücknahmeabkommen mit zahlreichen Herkunftsländern.

Die Landesregierung fahre in Nordrhein-Westfalen ganz bewusst eine Doppelstrategie, sagte Integrationsminister **Dr. Joachim Stamp** (FDP). Auf der einen Seite nutze man den vom Bund gegebenen „leider zu geringen Spielraum“, um gut integrierten ein dauerhaftes Bleiberecht zu ermöglichen. Auf der anderen Seite gehe man „konsequenter als alle anderen mit aller rechtsstaatlichen Härte gegen Gefährder und Straftäter vor“. Unter Schwarz-Gelb würden jedes Jahr mehr Gefährder abgeschoben als unter Rot-Grün in deren gesamter siebenjähriger Amtszeit, so Stamp. Im Kampf gegen den Islamismus setze man ebenso auf Prävention und den innermuslimischen Dialog.

Mitberaten wurde der Antrag der AfD-Fraktion „Dem Vorbild Frankreichs folgen – Gefährder abschieben“ (17/11667), der mit Mehrheit abgelehnt wurde. *wib, zab, tob*

GESETZGEBUNG

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) | [17/11100](#), [17/11800](#), [17/11850](#), | Landesregierung | 2. Lesung am 25. und 26. November 2020 | in Beratung

Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden in Folge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder (Gewerbesteuerausgleichsgesetz Nordrhein-Westfalen – GewStAusgleichsG NRW –) | [17/11195](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 25. November 2020 | verabschiedet

Gesetz zur Anpassung bestehenden Landesrechts an die COVID-19-Pandemie und sonstige pandemiebedingte Sondersituationen | [17/11165](#) | CDU und FDP | 2. Lesung am 25. November 2020 | verabschiedet

Gesetz zur stärkeren Verankerung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der Arbeit des Westdeutschen Rundfunks (FDGO-WDR-Gesetz) | [17/8417](#) (Neudruck) | AfD | 2. Lesung am 25. November 2020 | abgelehnt

Gesetz hinsichtlich weiterer Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie im Hochschulbereich | [17/10919](#), [17/11865](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 25. November 2020 | verabschiedet

Zweites Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW (2. ELAGÄndG) | [17/11142](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 26. November 2020 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG) | [17/11841](#) | Grüne | 1. Lesung am 27. November 2020 | Überweisung an den Integrationsausschuss

Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/11673](#) | SPD | 1. Lesung am 11. November 2020 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2021 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2021 – FFG 2021) | [17/11623](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11. November 2020 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und zur Änderung weiterer Gesetze | [17/11622](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11. November 2020 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen, des Landesforstgesetzes und des Verwaltungsverfahrensgesetzes | [17/11624](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11. November 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

Gesetz zur Änderung des Kunsthochschulgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Hochschulbereich | [17/11685](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11. November 2020 | Überweisung an den Wissenschaftsausschuss

Viertes Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes | [17/11681](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11. November 2020 | Überweisung an den Hauptausschuss

Gesetz zur Umstrukturierung der Maßregelvollzugsbehörde im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales | [17/11682](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11. November 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz über die Gewährung von Wertschätzungsprämien und die Stiftung von Ehrenzeichen im Brand- und Katastrophenschutz (Prämien- und Ehrenzeichengesetz – PräEG) – Wertschätzung für die ehrenamtlichen Einsatzkräfte! | [17/10857](#) | AfD | 2. Lesung am 13. November 2020 | abgelehnt

Drittes Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen |

[17/11162](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Erweiterung von Auskunftsrechten auf Mitglieder der Medienkommission gegenüber der Landesanstalt für Medien (Auskunftsrechte-Erweiterungsgesetz Medienkommission NRW) | [17/10856](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes NRW | [17/8298](#) | Grüne | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswasserrechts | [17/9942](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/9801](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 für das Land Nordrhein-Westfalen (Zensusgesetz 2021-Ausführungsgesetz NRW – ZensG 2021 AG NRW) | [17/8762](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen | [17/8722](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Einführung einer paritätischen Aufstellung der Wahllisten mit Frauen und Männern | [17/7753](#) | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Kommunen in der Corona-Krise

Anhörung zu geplantem finanziellen Ausgleich

6. November 2020 – Die Corona-Krise reißt auch in die Haushalte der Kommunen neue Löcher. Infolge der wirtschaftlichen Einbrüche sinken u. a. die Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Bund und Länder wollen gegensteuern. Zu den Plänen äußerten sich Sachverständige im Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen.

RATHAUS

Die Expertinnen und Experten nahmen Stellung zum „Gewerbesteuerausgleichsgesetz Nordrhein-Westfalen“ (17/11195).

Das Gesetz wurde am 25. November 2020 mit den Stimmen von CDU, FDP, Grünen und AfD verabschiedet. Die SPD enthielt sich. Laut Gesetz sollen die Kommunen einen pauschalen Ausgleich für die 2020 zu erwartenden Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer erhalten. Der Ausgleich wird je zur Hälfte von Bund und den Ländern finanziert.

Der Bund stellt dazu insgesamt rund 6,13 Milliarden Euro zur Verfügung. Davon entfallen rund 1,38 Milliarden auf Nordrhein-Westfalen. Zusammen mit dem Anteil des Landes stehen den Kommunen an Rhein, Ruhr und Lippe laut Gesetzentwurf damit 2,72 Milliarden Euro zur Verfügung. Das Geld soll spätestens bis 31. Dezember 2020 ausgezahlt werden.

Zur Berechnung des Ausgleichs soll das Gewerbesteueraufkommen zwischen 1. Oktober 2019 und 30. September 2020 mit dem Durchschnittsaufkommen in den ersten drei Quartalen 2017 bis 2019, jeweils ergänzt um das vierte Quartal des Vorjahres, verglichen werden.

Die Spitzenverbände der Kommunen in Nordrhein-Westfalen betonten in ihrer gemeinsamen Stellungnahme, dass die Corona-Pandemie „die Haushalte der nordrhein-westfälischen Kommunen vor große Herausforderungen“ stelle. Für 2020 und die Folgejahre seien „erhebliche Mindereinnahmen und damit erheb-

liche Spannungen“ in den kommunalen Haushalten zu erwarten, so Städtetag, Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund NRW.

Benjamin Holler vom Städtetag nannte die geplanten Ausgleichszahlungen „sehr begrüßenswert und notwendig“. Sie seien ein „starkes Signal“, dass die Kommunen in der Corona-Krise nicht alleingelassen würden. Problematisch sei, dass es sich derzeit um eine einmalige Hilfe handle. Die Probleme würden die Kommunen aber auch in den kommenden Jahren begleiten. Die kommunalen Spitzenverbände gehen davon aus, dass das Gewerbesteueraufkommen voraussichtlich erst 2024 wieder die Größenordnung von 2019 erreichen wird.

Kritik an der Berechnung

Kritisch sehen die drei Verbände, dass bei der Berechnung des Steueraufkommens 2020 auch das vierte Quartal 2019 einbezogen werden soll. Holler erläuterte, dass dieses Quartal ein mit Blick auf das Gewerbesteueraufkommen „sehr starkes“ gewesen sei. Es zu den schwachen Corona-Quartalen 2020 zuzurechnen, bedeute eine Verzerrung. Claus Hamacher vom Städte- und Gemeindebund nannte die Berechnung „systemfremd“. Die Verbände forderten daher alternative Berechnungsmethoden wie eine Sondererfassung des Gewerbesteueraufkommens Ende November.

Der Kämmerer der Stadt Oberhausen, Apostolos Tsalas, unterstützte die Kritik der Verbandsvertreter. Seine Stadt habe im vierten Quartal 2019 bis zu 27 Prozent des gesamten Gewerbesteueraufkommens des Jahres eingenommen. Es mit in die Berechnung einzubeziehen, bedeute eine „Verzerrung“ der tatsäch-

lichen Lage 2020. Er warnte zudem wie seine Vorredner davor, dass die finanzielle Lage der Kommunen auch in den kommenden Jahren „dramatisch“ bleiben werde.

Das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ sprach in seiner Stellungnahme von „massiven fiskalischen Folgewirkungen“, die die Pandemie gerade für finanzschwache Städte und Gemeinden habe. „Damit die in den letzten zehn Jahren erreichten Erfolge der Haushaltskonsolidierung nicht erneut auf einen Schlag entwertet werden, ist die im Gewerbesteuerausgleichsgesetz angelegte Unterstützung deshalb besonders wichtig“, heißt es in der Stellungnahme.

Auch das Bündnis äußerte Kritik an der Berechnungsgrundlage für den finanziellen Ausgleich. Das Bündnis forderte daher, die Gewerbesteuereinnahmen des Jahres 2020 „möglichst spät bis Ende November zu erfassen, um daran den Einbruch besser erfassen zu können“.

Der Verein für Kommunalpolitik NRW kritisierte die Methodik zur Verteilung des Geldes auf die 396 Gemeinden als weder sachgerecht noch adäquat. Es gebe keine logische Begründung, die Ausfälle an Gewerbesteuereinnahmen in diesem Jahr mit Durchschnittswerten der Wirtschaftsjahre 2017 bis 2019 zu vergleichen. Der Verein forderte daher, dass Finanzexperten eine neue Methodik zur Geldverteilung erstellen müssten. Zudem könne das Gesetz „ohnehin nur ein Baustein“ sein, die Einnahmeverluste der Kommunen auszugleichen.

Der Fachverband der Kämmerer in NRW begrüßte das Hilfspaket von Bund und Land und sprach von einem „Kraftakt“. Problematisch sei, dass das Gesetz bislang nur einmalig für 2020 Anwendung finden solle und dass unklar sei, ob die zur Verfügung stehenden 2,72 Milliarden Euro ausreichen.

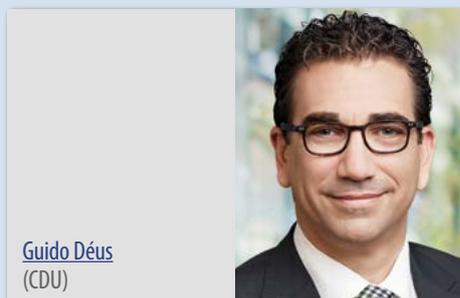
Foto: Schälte

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 14 und 15.

wib

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Gewerbesteuer ausgleich“



Die Corona-Krise in den Kommunen ...

... sorgt für extreme Herausforderungen. Sie tragen in dieser schwierigen Zeit Verantwortung in wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Hinsicht an vorderster Front. Um die Auswirkungen der Krise auf unsere Städte und Gemeinden so gut wie möglich zu begrenzen, haben wir frühzeitig reagiert und ein umfassendes Kommunalschutz-Paket auf den Weg gebracht.

... bedeutet neben hoher Arbeitsbelastung auch finanzielle Konsequenzen. In unseren Gemeinden und Kreisen wird mit Hochdruck und Herzblut gearbeitet. Dabei darf das Land sie nicht im Regen stehen lassen. Die Coronapandemie wirkt sich doppelt auf die Kommunen aus. Zum einen entstehen höhere Kosten und gleichzeitig sinken die Einnahmen. Das betrifft insbesondere die Einnahmen aus der Gewerbesteuer.

Die geplanten Ausgleichszahlungen ...

... tragen dazu bei, die durch die Pandemie betroffenen kommunalen Haushalte nachhaltig zu stützen, um die kommunale Handlungsfähigkeit und Investitionsmöglichkeit gerade in der Krise zu stärken. Die Ausgleichszahlungen wirken möglichen Belastungen von Unternehmen und privaten Haushalten durch ansonsten notwendige Erhöhungen kommunaler Realsteuern entgegen.

... sind glücklicherweise durch die Bundesregierung auf den Weg gebracht und die Landesregierung ist dadurch zum Jagen getragen worden. In eigener Zuständigkeit beschränkt sich die Landesregierung leider bisher darauf, den Kommunen nur mehr Schulden aufs Auge zu drücken.

Der Berechnungsschlüssel ...

... trägt dem Umstand Rechnung, dass die Gemeinden vor dem Beginn der Pandemie für 2020 mit einem deutlich über dem Durchschnittswert der Jahre 2017 bis 2019 liegenden Gewerbesteueraufkommen rechnen konnten. Zudem dient dieser dem Gesetzesziel, dass nur Effekte in die Berechnung einfließen, auf welche die Kommunen selbst keinen Einfluss nehmen können.

... ist leider nicht konsequent. Die Maßnahme soll Gewerbesteuerausfälle im Jahr 2020 ausgleichen. Bei der Betrachtung der Ausfälle das 4. Quartal 2019 mit einzubeziehen, ist unsinnig. Viele Kommunen haben in diesem Quartal noch gute Steuereinnahmen zu verzeichnen gehabt, weil es ein steuerstarkes Quartal war. Es mit einzubeziehen, verzerrt die Betrachtung auf das Problem der Gewerbesteuereinnahmen.

Die Perspektive ab 2021 ...

... sollte, auch wenn Corona dann sicher noch nicht überwunden ist, wieder von einer Verbesserung der finanziellen Situation unserer kommunalen Familie geprägt sein. Wir stehen dabei fest an ihrer Seite, das galt und gilt vor, während und auch nach Corona. Denn solide Finanzen schaffen nicht nur Gestaltungsspielräume, sondern sind die Grundlage für erfolgreiche Kommunen.

... ist für die Kommunen keine gute. Die Gewerbesteuereinnahmen werden auch in 2021 und den Folgejahren geringer ausfallen. Gleichzeitig steigen die ohnehin schon hohen Sozialkosten. Die Landesregierung muss hier den Städten und Gemeinden Ausfälle für die finanziellen Probleme zusagen und aus dem Rettungsschirm begleichen. Der Rettungsschirm ist für die Einnahmeausfälle im Land da und nicht für den Landeshaushalt.



... wird durch immensen Einsatz bewältigt. Dafür gebührt den helfenden Händen an den verschiedensten Stellen unser Dank. Die Kommunen stehen in vorderster Linie bei der Bewältigung der Pandemie. Deshalb bekommen sie von Bund und Land starke Unterstützung. Wir können in der Krise nur durch gemeinsame Anstrengungen bestehen. Die Kommunen brauchen jetzt vor allem Planungssicherheit und Verlässlichkeit.

... betragen mehr als 2,7 Milliarden Euro. Diese umfassende Hilfe ist von den Kommunen und den Sachverständigen der Anhörung mit großer Dankbarkeit aufgenommen worden. Hinzu kommen der Corona-Rettungsschirm, weitere Soforthilfen und Konjunkturprogramme. Wir tun alles, was möglich und verantwortbar ist. Denn auch in der Krise muss in die Zukunftsfähigkeit der Kommunen investiert werden.

... soll die Hilfgelder so fair wie möglich unter den Kommunen verteilen. Gleichzeitig muss er unkompliziert sein, um eine zeitnahe Auszahlung der Hilfen zu ermöglichen, da der Bund eine Weiterleitung noch in 2020 vorgegeben hat. Den Vorschlag der Kommunalverbände, einen Steigerungsfaktor zum Referenzzeitraum einzubeziehen, hat die NRW-Koalition aufgenommen.

... hängt davon ab, inwieweit sich die Fallzahlen, die Beschränkungen und damit die wirtschaftliche Lage entspannen. Klar ist: Die NRW-Koalition ist und bleibt starker Partner an der Seite der Kommunen. Unser aller Verantwortung ist jedoch die Perspektive nicht nur für 2021, sondern auch weit darüber hinaus und für zukünftige Generationen.



... stellt die Menschen vor große Herausforderungen. Viele Maßnahmen – wie Nachverfolgung der Infizierten, Anordnungen von Quarantäne, umfassende Teststrategien, die zur Eindämmung der Pandemie notwendig sind – werden vor Ort entwickelt, kontrolliert und umgesetzt. Leider wurden die Sommermonate nicht ausreichend genutzt, um effektive und handlungsfähige Strukturen aufzubauen und weiterzuentwickeln.

... sind eine Initiative des Bundes und stellen für viele Kommunen eine wichtige finanzielle Unterstützung dar. Für NRW darf das aber nicht bedeuten, dass die Regierung auf eigene Unterstützungsmaßnahmen verzichtet, da die tatsächlichen Steuerausfälle mehrere hundert Millionen Euro höher liegen als die Gewerbesteuerkompensation. Hier ist das Land gefordert, diese Finanzierungslücke zu schließen.

... ist laut Expertenmeinung problematisch, weil zur Ermittlung der Mindereinnahmen neben den ersten drei Quartalen 2020 auch das gewerbesteuerstarke vierte Quartal 2019, nicht aber die Monate Oktober und November des aktuellen Jahres herangezogen werden, so dass es zu Verzerrungen kommen kann. Wir würden daher eine Mitberücksichtigung des vierten Quartals 2020 (Stichtag 15. November) bevorzugen.

... ist für die Kommunen düster. CDU und FDP stocken das GFG mit Krediten auf, ohne aber mit echtem Geld zu helfen. Es gibt weder den versprochenen Altschuldenfonds noch eine Kompensation der Gewerbesteuerausfälle von mindestens 1,7 Milliarden Euro oder eine faire Flüchtlings-Finanzierung. Stattdessen bedient sich das Land mit fünf Milliarden am Rettungsschirm und lässt die Kommunen im Regen stehen.



... führt zu sinkenden Steuereinkommen, niedrigeren Einnahmen aus Gebühren und Beiträgen sowie vielerorts geringeren Erlösen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, während umgekehrt nicht unerhebliche Mehrausgaben erforderlich werden. Auch die Beschäftigten werden mit neuen Herausforderungen und teilweise enormen zusätzlichen Belastungen konfrontiert. Die Hauptlast tragen allerdings die Steuerzahler.

... sind absolut erforderlich, werden aber möglicherweise nicht ausreichen, um die aus den sinkenden Einnahmen resultierenden finanziellen Einbußen zu kompensieren. Selbst wenn die Krise zeitnah überwunden werden kann (womit nach heutigen Erkenntnissen keineswegs zu rechnen ist), wird sie noch längere Zeit nachwirken und die kommunalen Haushalte zumindest in den Jahren 2021 und 2022 noch erheblich belasten.

... basiert auf einem Vergleich zwischen dem Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer im Jahr 2020 und dem durchschnittlichen Aufkommen zwischen 2017 und 2019. So etwas ist natürlich immer nur ein Näherungswert und führt zu Ungerechtigkeiten. Das wurde berechtigterweise auch kritisiert, wir werden es aufmerksam beobachten.

... für die Städte und Gemeinden wird maßgeblich davon beeinflusst, ob sich die staatlichen Hilfen zur Sicherung der Handlungs- und Investitionsfähigkeit als wirkungsvoll erweisen. Die Durchschlagskraft des Pakets hängt ganz wesentlich von seiner konkreten Ausgestaltung ab. Positiv zu bewerten ist, dass die Digitalisierung im kommunalen Bereich krisenbedingt bereits einen enormen Schub erhalten hat!

Erweiterung des Landtags: Nachhaltig

20. November 2020 – Die Entscheidung ist gefallen: Ein Preisgericht hat im Architektenwettbewerb für das geplante Erweiterungsgebäude des Landtags das Büro schulz + schulz aus Leipzig zum Sieger gekürt. Der Erweiterungsbaubau ist notwendig, weil das in den 1980er-Jahren errichtete Landtagsgebäude am Düsseldorfer Rheinufer nicht mehr den Anforderungen des heutigen Parlamentsbetriebs gerecht wird.

Mitte Januar hatten Landtag und Stadt Düsseldorf gemeinsam den Startschuss für den europäischen Architekten- sowie einen Ideenwettbewerb für die Entwicklung des Bürgerparks Bilk gegeben. Das Preisgericht hatte sich mit insgesamt 34 Entwürfen befasst, von denen neun in die engere Wahl kamen.

Dem Preisgericht gehörten u. a. Architektinnen und Architekten, Stadtplanerinnen und Stadtplaner, Landschaftsarchitektinnen und -architekten an, zudem der Präsident des Landtags, André Kuper, der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, die Planungsdezernentin Cornelia Zuschke sowie weitere Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Düsseldorf und Mitglieder aller Fraktionen des Landtags.

Der Siegerentwurf sieht vier ringförmige, aufgeständerte Gebäude vor, die miteinander und mit dem Landtagsgebäude verbunden sind und sich einfügen in die Park- und Architekturlandschaft der Solitäre Landtag, Rheinturm und WDR-Funkhaus Düsseldorf. Geschichtete Glasfassaden verbinden Gebäude und Grün und ermöglichen Blickbeziehungen. Dachbe-



Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, präsentierte das Siegermodell des Leipziger Architekturbüros schulz + schulz.
Foto: Schälte, Grafiken: schulz + schulz

grünungen passen sich dem umgebenden Parkcharakter an.

„Teil des Bürgerparks“

Dem Entwurf zufolge soll das Gebäudeensemble integraler Bestandteil des Rhein- und Bürgerparks werden. Es soll zudem höchsten Nachhaltigkeits- und Energiesparansprüchen genügen, zum Beispiel durch die intensive Nutzung von Photovoltaik als Bauteile von

Sonnenschutz und Brüstungen sowie durch die Verwendung von Holz, einem nachwachsenden Rohstoff.

Der Landtag wird jetzt Verhandlungen über die Details des Vertrags mit dem Architekturbüro aufnehmen. Eine Kostenschätzung ist aktuell noch nicht möglich, weil der Entwurf durch Vertragsverhandlungen weiter verändert werden kann. Zudem sind die Kosten für die Erschließung des Grundstücks in dieser Phase des Projekts noch nicht absehbar.



altig, transparent, zukunftsweisend



Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagte nach der Entscheidung: „Das große Teilnehmer-Interesse zeigt: Das Gebäude des Landtags Nordrhein-Westfalen ist ein bedeutendes Parlamentsgebäude. Aber: Es wurde in den 1980er-Jahren für nur drei Fraktionen und einen anderen Parlamentsbetrieb als heute geplant. Das Gewinner-Büro hat jetzt einen Entwurf für ein Gebäude vorgelegt, mit dem der Landtag auf Dauer arbeitsfähig bleiben kann: Die Zahl der Sitzungen von Arbeitskreisen und Ausschüssen sowie die Zahl der Anhörungen hat sich in den letzten Jahren vervielfacht. Die Fraktionen benötigen mehr Raum für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Sachverständigen, um die immer komplexer werdenden Fragestellungen unserer Zeit zu diskutieren. Und wir holen immer mehr Besucherinnen und Besucher, besonders junge Menschen, ins Haus, um für unsere Demokratie

zu werben. Das alles führt dazu, dass Sitzungsräume Mangelware sind und sich angemietete Büros auf vier Standorte in der Stadt verteilen. So kann das Parlament des größten Bundeslandes auf Dauer nicht arbeiten.“

„Gegenwart und Zukunft“

Prof. Jörg Aldinger, Architekt und Vorsitzender des Preisgerichts, begründete die Entscheidung: „Den Verfassern des 1. Preises ist es gelungen, den unverwechselbaren Ort der Rheinauen in Düsseldorf und die eigenständige Architektur des Landtags fortzuschreiben und neu zu interpretieren. Der Entwurf stellt eine wunderbare Symbiose von Gegenwart und Zukunft in Städtebau, Landschaftsplanung und Architektur dar und wird sich aufs Beste mit dem Ort und den Menschen verbinden.“

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Dr. Stephan Keller, betonte: „Dem Gewinnerentwurf des Büros schulz+schulz aus Leipzig gelingt eine wirklich angemessene Erweiterung des bestehenden Landtagsgebäudes. Ich freue mich, dass das Parlaments- und Regierungsviertel damit einen hoch attraktiven Neubau erhält, der Düsseldorf als Landeshauptstadt weiter stärkt. Besonderes Augenmerk liegt von unserer Seite auch auf der besseren Verbindung der Rheinuferpromenade mit dem Medienhafen, die parallel weiter ausgearbeitet wird. Wir werden nun zusammen mit den Ratsgremien zügig das erforderliche Bebauungsplanverfahren und die hierbei regelmäßig durchzuführenden Bürgerbeteiligungen starten. Gemeinsam mit dem Landtag NRW freuen wir uns auf die Detailplanung und die anschließende Realisierung.“ *red*



Die Pläne der Architekten gesehen von der Rheinseite: Die vier neuen Gebäude sollen miteinander und mit dem Landtagsgebäude (l.) verbunden werden.



AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

Ein Haushalt mit Mehr-Wert

Mehr für die Sicherheit, mehr für Kinder und Familien, mehr für den Radverkehr, mehr für die Wohnraumförderung – der allgemeine NRW-Haushalt 2021 hat einen erheblichen



Mehr-Wert. Die NRW-Koalition aus CDU und FDP gibt wichtige finanzielle Unterstützung für Herausforderungen in der Corona-Pandemie und investiert gleichzeitig in die Zukunft des Aufsteigerlandes Nordrhein-Westfalen. Der Haushalt umfasst ein Volumen von mehr als 84 Milliarden Euro und kommt ohne neue Schulden aus – trotz der aktuellen Krisenlage.

Wir setzen Prioritäten und investieren in Bildung, Krankenhäuser, Innere Sicherheit, Digitalisierung. Das Parlament schafft in wa-

ckeligen Zeiten eine stabile Grundlage für unser Land. Mit den Mitteln des Kinderbildungsgesetzes erbringen wir eine Rekordleistung für die frühkindliche Bildung in Kitas sowie

die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und: Auch bei den Plätzen im Offenen Ganztage geht der Ausbau rasant voran. Einen Rekord gibt es auch bei der Polizei: 2.760 neue Kommissarinnen und -anwärter gehen 2021 an den Start – mehr als je zuvor. Wir investieren in die Mobilität der Zukunft und geben so viel Geld für den Radverkehr aus wie keine andere Landesregierung zuvor. Die Mittel für Energie und Klimaschutz werden im kommenden Jahr sogar versechsfacht im Vergleich zur rot-

grünen Vorgängerregierung. Wir verstehen uns insbesondere als Koalition für die Schwächeren in unserem Land – die öffentliche Wohnraumförderung ist mit 1,1 Milliarden Euro prall gefüllt, die Mittel fürs Wohngeld stocken wir um satte 106 Millionen Euro auf. Und wir tragen unserem Anspruch Rechnung, die kommunalfreundlichste NRW-Regierung überhaupt zu sein: Mit 13,6 Milliarden Euro Zuweisungen aus der Gemeindefinanzierung sind unsere Städte und Landkreise bestens gerüstet für das neue Jahr.

Mehr Informationen: www.cdu-fraktion.nrw



NRW-Schulgipfel zeigt Alternativen zum Nichtstun auf

„Lassen Sie uns heute weniger darüber sprechen, wann man was hätte besser machen können. Ich will nicht lange in die Vergangenheit gucken“, eröffnete SPD-Fraktionsvorsitzender Thomas Kutschaty und gab das Ziel des Schulgipfels vor, zu dem die demokratische Opposition am 17. November eingeladen hatte. „Bitte lassen Sie uns gemeinsam in die Zukunft blicken: Was müssen wir jetzt tun? Ganz konkret, ganz offen, ganz konstruktiv.“

Und die Vorsitzende der GRÜNEN Fraktion im Landtag NRW, Josefine Paul, erläuterte, warum der gemeinsame Gipfel notwendig geworden war: „Wir lassen diejenigen zu Wort kommen, die bislang nicht ausreichend gehört werden. Es sind Schüler-, Lehrer- und Elternverbände sowie Schulleitungen und Vertreter der Kommunen als Schulträger, die vor

Ort die derzeit schwierige Situation meistern müssen.“

Mehr als 250 Personen aus über zwanzig Verbänden und Institutionen hatten sich zur Konferenz eingeloggt. Alle waren sich einig: Die Schulen müssen trotz der hohen Infektionszahlen offen bleiben. Damit das gelingt, dürfen Gesundheitsschutz und Bildungsgerechtigkeit aber nicht länger als Zielkonflikte missverstanden werden. Durch kleinere Lerngruppen und durch einen Wechsel aus Präsenz- und digitalem Distanzunterricht kann im Ernstfall das Infektionsrisiko um mehr als 50 Prozent gesenkt werden. Trotzpolitik unter dem Motto „Präsenzunterricht oder gar kein Unterricht“ endet hingegen zu oft im Unterrichtsausfall.



Bundeskanzlerin Merkel hat die Länder bekanntlich genau deshalb aufgefordert, endlich Ideen für den Gesundheitsschutz an unseren Schulen zu entwickeln.

SPD und Grüne nehmen diesen Auftrag ernst und setzen die Ergebnisse des Schulgipfels

in einen konstruktiven Vorschlag für das Parlament um – Regierung und die zugehörigen Fraktionen sind eingeladen, zum Schutz und im Sinne aller Beteiligten gemeinsam zu entscheiden. Denn der richtige Zeitpunkt ist: Jetzt.



Maßnahmen für ein souveränes Risiko-Management der Corona-Pandemie

Die Nachrichten aus der Impfstoff-Forschung machen Hoffnung. Trotzdem werden die Auswirkungen der Corona-Pandemie weiter den Alltag der Menschen in Nordrhein-Westfalen prägen. Die FDP-Landtagsfraktion macht in einem Positionspapier Vorschläge zur effektiven Eindämmung der Corona-Pandemie. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Akzeptanz für Schutzmaßnahmen.



Henning Höne (FDP)

Eine besondere Bedeutung hat die Stärkung des Parlaments. „Die Corona-Maßnahmen müssen hier im Landtag öffentlich debattiert und entschieden werden. Das erhöht die Transparenz und stärkt die Akzeptanz“, erklärt Hen-

ning Höne, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion. Es geht den Freien Demokraten um Leitplanken und nicht darum, jedes Detail jeder Maßnahmen genau festzulegen. Dafür sind Regierungen verantwortlich. „Die Parlamente hingegen müssen die große Linie bestimmen und den Rahmen festlegen, in dem sich die Exekutive bewegt“, heißt es in dem Positionspapier. Denn für Eingriffe

in Grund- und Freiheitsrechte braucht es – gut ein halbes Jahr nach der Verabschiedung des NRW-Pandemiegesetzes – eine detailliertere gesetzliche Grundlage. Dafür soll die Evaluation des Pandemiegesetzes genutzt werden.

Zwölf Leitplanken sollen laut dem Papier die Grund- und Freiheitsrechte schützen und der Regierung einen Handlungsrahmen geben. So sollen bestehende Regeln konsequent durchgesetzt werden, bevor zusätzliche beschlossen werden. Die Maßnahmen zur Eindämmung sollten lokal und treffsicher sein, um effektiv zu wirken. Zudem spricht sich die FDP-Landtagsfraktion für eine Art Ampel aus, bei der mehr Faktoren als nur die Zahl der Infizierten in die Risikobewertung einfließen, beispielsweise die Verfügbarkeit von Behandlungsplätzen in Krankenhäusern.



GRÜNE wählen neuen Fraktionsvorstand

Ende Oktober haben die Abgeordneten der GRÜNEN Landtagsfraktion einen neuen Fraktionsvorstand gewählt: Neue Vorsitzende sind Josefine Paul und Verena Schäffer. Neuer Parlamentarischer Geschäftsführer ist Mehrdad Mostofizadeh. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende wählte die Fraktion Arndt Klocke und Wibke Brems, die zugleich Fraktionsgeschäftsführerin ist. Die beiden Fraktionsvorsitzenden Josefine Paul und Verena Schäffer freuen sich über das Vertrauen der Fraktion und bedanken sich bei ihren Vorgängern Monika Düker und Arndt Klocke.

In den kommenden Monaten wird die Bekämpfung der Corona-Krise mit ihren sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Folgen als die zentrale Herausforderung für unsere Gesellschaft weiterhin im Vordergrund stehen. Als



Grüne Fraktion werden wir aber weiterhin auch auf die zweite Krise – die Klimakrise – hinweisen und auf konkrete Maßnahmen drängen.

Wir wollen, dass die Debatte über konkrete Corona-Schutzmaßnahmen im Parlament als der zentrale Ort unserer parlamentarischen Demokratie geführt wird. Insbesondere Maßnahmen, die in Grundrechte eingreifen und zum Teil erhebliche Auswirkungen auf das tägliche Leben haben, sowie Maßnahmen, die länger-

fristig gelten sollen, müssen durch das Parlament diskutiert und entschieden werden. Wir sind überzeugt davon, dass durch die Beratungen in öffentlichen Sitzungen das Vertrauen und die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger in staatliches Handeln dauerhaft gesichert werden.

Zudem wollen wir die Erfahrungen und die Lebenswelt der Bevölkerung in die Corona-Politik des Landes einbeziehen und schlagen deshalb die Gründung eines Corona-Bürgerrates vor. Die Ergebnisse sollten in die Abwägung politischer Entscheidungen einfließen.



Kampf gegen Extremismus darf nicht zu politischer Diffamierung missbraucht werden

Wenn man in politischen Debatten keine faktisch basierten Argumente vorbringen kann, greift man gerne zum sog. „Totschlagargument“. Eine Erfahrung, die die AfD-Fraktion seit ihrem Einzug in den Landtag NRW machen musste: Statt sich auf einer inhaltlichen Basis auseinanderzusetzen, unterstellen ihr die anderen Parteien regelmäßig, auch rechtsextreme Positionen zu vertreten oder zumindest hoffähig machen zu wollen. Ein Vorwurf, der schlicht falsch ist und von jeher war. Doch hätte man ihn vermutlich noch Jahre aufrechterhalten – wären die Grünen nicht so leichtsinnig gewesen, ihn auf Substanz prüfen zu lassen. Denn nun musste



Markus Wagner (AfD)

die Landesregierung die für manche unbequeme Wahrheit höchst offiziell verkünden: Die AfD ist nicht rechtsextrem!

In seiner Rede vor dem Plenum am 13.11.2020 forderte der Fraktionsvorsitzende Markus Wagner die Vertreter der übrigen Parteien deshalb auf, echten Rechtsextremismus zu bekämpfen, anstatt mit dieser Zuweisung die AfD zu diffamieren. Und fügte an: „Sie werden uns nicht

los, weil Sie die Menschen nicht loswerden, die uns wählen. Die wählen uns wegen Ihrer Fehler und unserer Lösungen.“ Für einen funktionierenden Staat zu sein, ist nicht rechtsextrem, ja nicht einmal populistisch.

Gerne sprechen Vertreter aus CDU, SPD, Grüne und FDP von den ‚demokratischen Parteien‘ und meinen damit nur sich selbst. Wir sind sehr gespannt, ob sie diese rhetorische Ausgrenzung weiterhin verwenden und damit die Erkenntnisse der Landesregierung bewusst ignorieren, oder ob sie selbst wieder zurück auf den Boden des demokratischen Diskurses zurückfinden, den sich die Wähler aller im Landtag vertretenen Parteien gewünscht haben. Und worauf sie ein Anrecht haben.



„Erinnerung bewahren, Verbrechen

9.10.2020 – Der Präsident des Landtags, André Kuper, und der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, haben in der ostwestfälischen Stadt Schloß Holte-Stukenbrock an die Befreiung des Kriegsgefangenenlagers Stalag 326 vor 75 Jahren erinnert. Der Landtagspräsident unterstrich dabei die Aufgabe, dass der Ort zu einer Gedenkstätte von nationaler und internationaler Bedeutung weiterentwickelt werden solle.



Landtagspräsident André Kuper (CDU)

In seiner Gedenkrede erinnerte Landtagspräsident André Kuper an die zahlreichen Opfer, „denen die Nationalsozialisten im Stammlager 326 das Menschsein absprachen, die sie peinigten und dem Tode preisgaben“. Mit dem Erinnern an die Geschichte des Ortes solle ein Zeichen für die Gedenkarbeit gesetzt werden. „Hier endeten Lebenswege in Erniedrigung, Hunger, Schmerz und Tod. Was Menschen hier ertragen und erfahren mussten, bleibt für immer ein fester Bestandteil der deutschen und europäischen Geschichte.“ Die nationalsozialistischen Verbrechen gegenüber der Menschlichkeit machten in ihrer unvergleichbaren Dimension schnell sprachlos. „Doch umso mehr dürfen wir Demokraten unsere Sprache und unsere Haltung niemals verlieren. Dieser Ort ist mit einem Auftrag an uns alle verbunden: die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus bewahren, die Verbrechen weiter aufarbeiten und, wann immer notwendig, unser Wort gegen menschenfeindliche Ideologie erheben.“

Ministerpräsident Armin Laschet sagte, dass „ein tiefer und dunkler Schatten“ über dem ehemaligen Kriegsgefangenenlager liege. „Auch 75 Jahre nach dem Ende des Krieges sind wir aufgerufen, die Erinnerung daran wachzuhalten und in den Schatten hineinzuleuchten. Wir sind es den Opfern aus der damaligen Sowjetunion schuldig, die in Folge mangelhafter Ernährung, Versorgung und Unterbringung sowie der ausbeuterischen Arbeitseinsätze ums Leben kamen, ihren Angehörigen und allen, die die

Gräuel überlebt haben. Wir sind es aber auch uns selbst schuldig, damit wir uns bewusst bleiben, wohin Fanatismus, Verblendung und Hass führen können.“ Daher weise der Erinnerungs-ort Stalag 326 auch in die Zukunft. Die Geschichte des Ortes sei zudem ein Auftrag, mit Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion im Gespräch zu bleiben und den Weg von Aussöhnung und Verständigung, auch in schwierigen Zeiten, weiterzugehen.

Ehrenfriedhof

Zwischen 1941 und 1945 waren mehr als 300.000 Kriegsgefangene aus der damaligen Sowjetunion im Stalag 326 inhaftiert – vermutlich so viele wie in keinem anderen Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht. Sie wurden als Zwangsarbeiter über das gesamte Gebiet des heutigen Landes Nordrhein-Westfalen verteilt, zum Teil auch darüber hinaus. Schätzungen zufolge starben bis zu 65.000 sowjetische Kriegsgefangene aufgrund der katastrophalen Lebensbedingungen im Stalag 326. Das Lager wurde am 2. April 1945 von US-amerikanischen Soldaten befreit. Der nahegelegene Ehrenfriedhof sowjetischer Kriegstoter ist heute eine der größten Kriegsgräberstätten in der Bundesrepublik Deutschland.

Bei der Gedenkveranstaltung schilderte Marina Mehlis, die Urenkelin eines ehemaligen Lagerinsassen, die eigene Familiengeschichte. „Als Russin bin ich dankbar, dass man in



Ministerpräsident Armin Laschet (CDU)

„Gedenken aufarbeiten, unser Wort erheben“

Deutschland dafür sorgt, dass die Spuren dieses Krieges nicht verloren gehen.“ Es sei wichtig, den eigenen Kindern und Enkeln beizubringen: „Man soll nie vergessen, damit es nie wieder passiert.“ *red*

Gedenkstätte

Die „Gedenkstätte Stalag 326 (VI K) Senne“ befindet sich in der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock. Die Abkürzung „Stalag“ steht für „Stamm lager“. Unter Leitung von Landtagspräsident André Kuper hat eine Steuerungsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern von Land und Kommunen ihre Arbeit im Jahr 2017 aufgenommen, um das Gelände zu einer Gedenkstätte von nationaler und internationaler Bedeutung weiterzuentwickeln. Geplant sind unter anderem ein Neubau für Ausstellungen und Vermittlungsarbeit sowie eine Neukonzeption der historischen Orte, die an das Leid der Kriegsgefangenen erinnern sollen. In Verbindung mit dem Ehrenfriedhof sollen ein würdiges Totengedenken ermöglicht und die Geschichte des Stalag 326 weiter erforscht werden.



Blumen für den Urgroßvater

Marina Mehlis, 29, ist die Urenkelin eines im Stalag 326 verstorbenen Kriegsgefangenen. Sie stammt aus Moskau und arbeitet als Lehrerin in Berlin.

Frau Mehlis, Ihr Urgroßvater ist im Stalag 326 gestorben. Wann haben Sie davon erfahren?

Als ich 16 Jahre alt war. Damals ging ich in Moskau zur Schule. Wir haben im Geschichtsunterricht den Zweiten Weltkrieg als Thema behandelt und auf der Internetseite obd.memorial.ru nach Kriegstoten und Vermissten gesucht. Ich wusste, dass mein Urgroßvater in Deutschland verstorben war. Er galt als verschollen, was meiner Familie und besonders meinem Großvater keinen Frieden ließ. Als ich seinen Namen in die Datenbank eingab, erfuhr ich, dass er auf einem Ehrenfriedhof in Schloß Holte-Stukenbrock begraben liegt. Das war ein sehr bewegendes Moment. Ich habe meinem Großvater versprochen, mit ihm gemeinsam das Grab seines Vaters zu besuchen, um dort Blumen niederzulegen. Aber ich war noch jung – und es brauchte 13 weitere Jahre, bis ich die Gedenkstätte endlich besuchen konnte.

Was ist in der Zwischenzeit passiert?

Wir haben in unserer Familie oft über das Thema gesprochen, es ließ uns keine Ruhe. Dann kam ein Zufall hinzu: Im Urlaub lernte ich meinen späteren Mann, einen Deutschen,

kennen. Vor zwei Jahren bin ich zu ihm nach Berlin gezogen. Ich habe oft zu ihm gesagt: Ich muss unbedingt zur Gedenkstätte fahren. Zwei Jahre vergingen, bis wir endlich ein eigenes Auto hatten und uns auf den Weg machten. Das war im Frühling dieses Jahres. Leider war mein Großvater kurz zuvor in Moskau gestorben. Als der Schmerz über den Verlust nachließ, sind wir aufgebrochen.

Wie war es für Sie, den Ort des Grauens zu besuchen?

Es war schrecklich zu erfahren, unter welchen Bedingungen die Menschen dort gelebt haben. Ich habe abgemagerte und völlig erschöpfte Männer auf Fotos gesehen, denen man das Grauen im Gesicht ablesen konnte. Mein Urgroßvater hat mehr als ein Jahr lang durchgehalten und muss sehr gelitten haben. Schön war nur zu sehen, dass der Toten heute in Würde gedacht wird und man sich um den Ort sorgt. Mitarbeitende haben mich durch die Gedenkstätte geführt, mir die Personalkarte meines Urgroßvaters erklärt



und gezeigt, in welcher Reihe ein Grab für ihn errichtet wurde.

Wie haben Sie die Feierstunde Ende Oktober erlebt?

Es war aufregend. Ich konnte mir vorher nie vorstellen, in Gesellschaft von wichtigen Politikern eine Rede zu halten. Ministerpräsident Laschet sagte, die Meinungen in Deutschland und Russland gingen heute in manchem auseinander, aber wir hätten dennoch eine gemeinsame Geschichte, an die wir erinnern müssten. Das sehe ich auch so. Wir müssen dafür sorgen, dass die Spuren des Krieges nicht verloren gehen und unseren Kindern und Enkeln beibringen: Man soll nie vergessen, damit es nie wieder passiert. Wir sind zuständig für den Friedenserhalt in der Welt, für den Frieden zwischen Ländern und Völkern. Von daher bin ich sehr dankbar dafür, dass dieser Ort als Gedenkstätte weiterentwickelt wird. Schade nur, dass mein Großvater die Feier nicht miterleben konnte. Aber meine Familie und ich denken, dass sich mein Großvater gefreut hat – an einem anderen Ort. *tab*



AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Foto: Schälte

Geiselnahme

23.10.2020 – In einer Sondersitzung während der Herbstpause hat der Rechtsausschuss über eine Geiselnahme in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Münster beraten. Dort hatte nach Angaben des Justizministeriums am 16. Oktober 2020 ein Häftling eine 29-jährige Bedienstete der JVA in seine Gewalt gebracht, sie mit einer angespitzten und gehärteten Zahnbürste bedroht und sie rund drei Stunden als Geisel gehalten. Der 40-Jährige wurde von Kräften eines Spezialeinsatzkommandos der Polizei erschossen. Der Mann soll den Angaben zufolge einen „psychisch unberechenbaren Eindruck“ gemacht haben. Wegen bereits zuvor ausgesprochener Bedrohungen gegen JVA-Bedienstete galten für ihn bereits verschiedene zusätzliche Sicherungsmaßnahmen. Justizminister **Peter Biesenbach** (CDU) sagte im Ausschuss, nach bisherigem Erkenntnisstand sei die Lage „ausgesprochen gut bewältigt“ worden. **Sonja Bongers** (SPD) kritisierte, dass das Justizministerium das Parlament nicht zeitnah über den Vorfall unterrichtet habe. Es seien noch zahlreiche Fragen offen, daher habe ihre Fraktion die Sondersitzung beantragt. Minister Biesenbach wies die Kritik zurück. Er bemängelte seinerseits den Zeitpunkt der Sondersitzung. Die Ermittlungen dauerten noch an. **Verena Schäffer** (Grüne) fragte u. a. nach, wie der Häftling die Waffe herstellen können und wieso er trotz zusätzlicher Sicherheitsmaßnahmen die 29-Jährige habe in seine Gewalt bringen können. **Angela Erwin** (CDU) dankte dem Minister für eine „sehr gute und solide Informationspolitik“. Er habe dem Landtag bereits am Abend des 16. Oktober einen ersten Bericht zugesendet. Die SPD-Fraktion versuche einen Skandal heraufzubeschwören, den es nicht gebe. **Thomas Röckemann** (AfD) kritisierte die Sondersitzung. Man solle dem Ministerium Zeit lassen, um eine fundierte Grundlage für eine Debatte zu erarbeiten.

Kitas und Corona

29.10.2020 – Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat sich mit der aktuellen Situa-

on von Kitas während der Corona-Pandemie befasst. Eltern könnten sich trotz steigender Infektionszahlen auf eine „Bildungs- und Betreuungsgarantie“ für ihre Kinder in Nordrhein-Westfalen verlassen, sagte Familienminister **Dr. Joachim Stamp** (FDP). Es werde keine flächendeckenden Schließungen mehr geben, dafür stehe er persönlich ein. **Josefine Paul** (Grüne) begrüßte diese Entscheidung. Noch im Frühjahr habe die Landesregierung allerdings anders gehandelt, indem sie Kitas und Schulen zu Beginn der Corona-Maßnahmen geschlossen habe. Dies sei „eindeutig falsche Prioritätensetzung“ gewesen, sagte **Dr. Dennis Maelzer** (SPD). Wissenschaftliche Studien hätten gezeigt, dass Kitas bislang keine „Infektionstreiber“ gewesen seien. Es brauche aber mehr Tests für Erzieherinnen und Erzieher sowie unterstützendes Personal. **Jens Kamieth** (CDU) dankte Minister Stamp für die ausgesprochenen Garantien. Sie seien ein ermutigendes Signal und böten Sicherheit für Familien. **Iris Dworeck-Danielowski** (AfD) wies auf Studien hin, denen zufolge unter den Corona-Infizierten bislang nur wenige im Kita-Alter gewesen seien. Vieles spreche dafür, dass Kita-Öffnungen weiterhin möglich seien.

Polizei und Corona

29.10.2020 – Die nordrhein-westfälische Polizei sei „zu jeder Zeit“ voll einsatzfähig. Dies sagte Innenminister **Herbert Reul** (CDU) in einer Sitzung des Innenausschusses. Hintergrund war eine Dringliche Frage der SPD-Fraktion. Sie wollte wissen, wie viele krankheits- bzw. quarantänebedingte Ausfälle es aktuell bei der Polizei gebe und wie der Schutz der Beamtinnen und Beamten angesichts des derzeit starken Anstiegs an Corona-Infektionen sichergestellt werde. Konkrete Zahlen zu coronabedingten Ausfällen wollte Reul aus einsatztaktischen Gründen nicht nennen. Es liege aber „keine besondere Lage“ vor, sie sei vergleichbar mit der Situation im März und April. Man habe sich bereits im März vorbereitet und auf die Pandemie eingestellt. Sollte sich an der Situation etwas ändern, könne man auch darauf reagieren, sagte der Minister.

Unglück auf der A 3

18.11.2020 – Das tragische Unglück auf der A 3 bei Köln hat den Verkehrsausschuss in einer Aktuellen Viertelstunde beschäftigt. Am 13. November 2020 hatte sich ein Betonteil einer Stützwand gelöst und war auf einen vorbeifahrenden Pkw gestürzt. Die 66-jährige Fahrerin starb noch an der Unfallstelle. Verkehrsminister **Hendrik Wüst** (CDU) sprach von einer „schrecklichen Tragödie“. Nach seinen Angaben war die Stützwand 2007 durch eine Firma aus Gelsenkirchen errichtet worden. Fertigteile seien von einer anderen Firma zugeliefert worden. Beide Unternehmen seien mittlerweile insolvent. Nach ersten Erkenntnissen seien angeschweißte Schrauben abgerissen, mit denen die Wand am oberen Ende gegen ein Kippen gesichert gewesen sei. Es müsse davon ausgegangen werden, „dass es sich bei der mangelhaften Konstruktion um eine absichtlich gewählte Improvisation zur Überbrückung eines Höhenunterschiedes“ gehandelt habe. Wüst: „Da hat was nicht gepasst, das ist dann passend gemacht worden.“ Der Bereich der Wand sei verdeckt gewesen, so dass die Mängel bei Prüfungen nicht aufgefallen seien. Wüst versicherte, dass allen offenen Fragen nachgegangen werde. Sprecher aller Fraktionen zeigten sich erschüttert von dem Vorfall und sprachen den Angehörigen der Toten ihr Beileid aus. **Carsten Löcker** (SPD) betonte, Ziel müsse sein, dass sich so ein Vorfall nicht wiederhole. **Klaus Vossemer** (CDU) sprach von „Pfusch am Bau“. Daraus müssten die notwendigen Schlüsse gezogen werden. **Ulrich Reuter** (FDP) betonte, es müsse auch der Frage nachgegangen werde, ob die Firmen gegebenenfalls an anderen Stellen fehlerhaft gearbeitet hätten. **Nic Peter Vogel** (AfD) sagte, es seien viele Fragen offen. Wie beispielsweise von einer Prüfung gesprochen werden könne, wenn bestimmte Bereiche der Stützwand gar nicht einsehbar seien. **Arndt Klocke** (Grüne) sagte, es handle sich nun zunächst um einen Fall für die Staatsanwaltschaft und die Ermittlungsbehörden.

Porträt: Christian Mangen (FDP)



Der parlamentarische Betrieb nimmt Fahrt auf an diesem Dienstagmorgen. Die Fraktionen tagen nach den Herbstferien zum ersten Mal, Abgeordnete eilen durch das Landtagsfoyer zu den Sitzungssälen. Christian Mangen sieht sich um, nippt an seinem Milchkaffee. „Ich wollte nie in die Berufspolitik“, sagt der Freidemokrat nachdenklich. Jetzt ist er mittendrin.

Erster Job bei Großwerft

Darauf hat nichts hingedeutet, damals, als er 1991 an der Otto-Pankok-Schule in Mülheim das Abitur macht. Der Karriereentwurf sieht Politik nicht vor, sondern Rechtswissenschaft. Er studiert in Bielefeld, Speyer und Düsseldorf. Den ersten Job bekommt er 1996 als Vorstandsassistent bei der Bremer Vulkan. Als die Großwerft in Konkurs geht, übernimmt ihn kurzzeitig die renommierte Sozietät Redeker, die das Verfahren gegen den Vulkan-Vorstandschef geführt hat. Mit der Anstellung in einer Oberhausener Anwaltskanzlei kehrt Christian Mangen bald darauf an seinen Geburtsort Mülheim zurück.

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Christian Mangen (FDP). Der Jurist stammt aus Mülheim/Ruhr und wollte eigentlich nie in die Berufspolitik, wie er sagt. Doch es kam anders. Mangen ist seit 2017 Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtags. Als Sprecher der FDP-Fraktion im Rechtsausschuss profitiert er von seiner Erfahrung als Rechtsanwalt.

„Politisch war ich nicht vorgeprägt“, sagt der 48-Jährige. Dabei ist Politik zu Hause immer ein Thema. Beide Elternteile sind Mitglied der FDP. Sein Vater, Betriebsleiter bei Mannesmann, sitzt für die Liberalen im Mülheimer Rat. Doch das politische Erweckungserlebnis des Sohnes kommt erst später und fällt paradoxerweise in eine Phase um sich greifender Politikverdrossenheit. „Das fand ich doof“, erzählt Mangen, „mein Standpunkt war immer, dass man sich engagieren muss.“

„Freiheitsgedanke“ reizt

Doch wo? Die SPD, zu der er bis heute einen „guten Draht“ hat, und die CDU kommen durchaus in Frage, die Grünen dagegen scheiden aus. „Ihre Verbotskultur ging mir gegen den Strich“, sagt er. Am meisten reizt ihn der „Freiheitsgedanke“ der FDP, die Idee, jeder solle sich im Rahmen der Gesetze entfalten können. Es bleibt sein Credo bis heute: „Ich war und bin überzeugt, dass ich am besten weiß, was gut für mich ist.“ 1993 tritt er in die FDP ein.

Zwölf Jahre vergehen – als Rechtsanwalt hat er sich längst selbstständig gemacht –, dann lenkt der Zufall sein Leben in eine neue Richtung. In Mülheim springt der bereits nominierte Landtagskandidat der FDP wieder ab. Ersatz muss her, Mangen ist zur Stelle. Auf Listenplatz 113 hat er „null Chance“, denkt sich: Das war’s mit der Politik! Doch sein Einsatz hinterlässt Eindruck. Als die FDP drei Jahre später einen OB-Kandidaten sucht, spricht ihn Kreischefin Ulrike Flach an. Mangen macht’s wieder – und wieder vergeblich, auch wenn er das landesweit beste Ergebnis für die FDP einfährt.

Ende der Fahnenstange, sagt er sich erneut, doch wieder kommt es anders. 2012, vor der vorgezogenen Neuwahl des Landtags, dümpelt die NRW-FDP im Umfragekeller, als der aufstrebende Spitzenkandidat Christian Lindner frische Kandidaten sucht. Diesmal verfehlt Christian Mangen den Einzug in den Landtag nur hauchdünn. Fünf Jahre später dann, als die Regierung Kraft/Löhrmann abgewählt wird, ist er „drin“. Und findet sich schnell in der Realität des Abgeordnetendaseins wieder: Sein erlernter

Beruf verkümmert fast zum Nebenjob. „Es ist schon viel, wenn ich einen Tag pro Woche als Rechtsanwalt arbeite“, sagt er.

Als Sprecher der FDP im Rechtsausschuss profitiert er von seiner Erfahrung – etwa bei der Gesetzesänderung zur Juristenausbildung („Das schafft heute kein Student ohne fremde Hilfe“) oder der Strafverschärfung bei sexuellem Missbrauch von Kindern, der künftig grundsätzlich als Verbrechen geahndet werden soll. Auch im Kampf gegen die Corona-Krise, sagt er, müssten gerade Rechtspolitiker darauf achten, „dass die Grundrechte der Bürger gewahrt bleiben“.

Wie geht es weiter? Bei der Landtagswahl 2022 will Mangen auf jeden Fall wieder kandidieren. „Mein Leben lang werde ich das aber nicht machen“, sagt er. Mal sehen. Wäre ja nicht das erste Mal, dass es anders kommt.

Theo Schumacher

Zur Person

Christian Mangen ist seit 2010 Chef der Mülheimer FDP und saß bis 2018 im Stadtrat. Mit seiner Frau Paulina, die er vor fünf Jahren beim FDP-Parteitag in Siegburg kennengelernt hat, lebt er in Mülheim-Holthausen. Mangen ist seit Juni 2017 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Marc Aurel „Selbstbetrachtungen“. Es fällt nie aus der Zeit, obwohl es schon vor 2.000 Jahren geschrieben wurde.

Welche Musik hören Sie gerne?

Marinechöre

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Curry-Paste

Ihr liebstes Reiseziel?

Kampen

Kurz notiert

Gedenken

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat entsetzt auf die jüngsten islamistischen Terroranschläge in Europa reagiert. Nach dem Anschlag in Wien vom 2. November 2020 betonte er: „Wir verteidigen unsere offenen Gesellschaften, die Religionsfreiheiten und unsere Demokratie gegen jedweden Fanatismus, Fundamentalismus und Antisemitismus. Die Saat des Hasses wird nicht aufgehen in Europa. Wir stehen an der Seite der Opfer und sind in Gedanken bei ihren Angehörigen.“ Bereits am 30. Oktober 2020 hatte der Landtag vor Beginn seiner Sondersitzung mit einer Schweigeminute der Opfer des Terroranschlags von Nizza gedacht. Präsident Kuper sagte in einer Rede, dies sei ein Signal an die französischen Freunde, dass „Nordrhein-Westfalen trauert und mit Frankreich fühlt“.

Aktionstag

Der Landtag hat sich am 25. November 2020 erneut an der Aktion „Orange your City“ beteiligt, zu der die Organisation „Zonta International“ aufgerufen hatte. Weltweit wurden als Teil dieser Kampagne Gebäude und Wahrzeichen orange beleuchtet, um auf Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufmerksam zu machen. Der Landtag wies auf seiner LED-Wand am Vorplatz auf die Aktion hin. Zudem informierte der Verein „Guttempler NRW“ während des Plenartags über den Zusammenhang von Suchtproblematiken und Gewalt. Präsident André Kuper sagte: „Viele Frauen überall auf der Welt werden Opfer von Gewalt, oftmals im häuslichen Umfeld. Auch bei uns ist sie trauriger Alltag – in allen Gesellschaftsschichten. Der Landtag Nordrhein-Westfalen beteiligt sich an ‚Orange your City‘, um ein Zeichen zu setzen und darauf aufmerksam zu machen, dass gerade zwischen Alkohol, Ärger und Aggression eine enge Verbindung besteht.“

Gestorben

23.10. Wilhelm Droste (CDU/87)
MdL 1970 – 1985

1.11. Manfred-Ludwig Mayer (SPD/86)
MdL 1980 – 1995

2.11. Wolfgang Jaeger (CDU/85)
MdL 1970 – 1975 und 1980 – 1995

Neue Ausgabe

Die letzte Ausgabe von Landtag Intern in diesem Jahr erscheint am 22. Dezember 2020.



„Zeichen der Hoffnung“

In der Bürgerhalle des Landtags herrscht seit 26. November 2020 vorweihnachtliche Stimmung. Kurz vor dem 1. Advent übergab der Vorsitzende des Waldbauernverbandes NRW, Dr. Philipp Freiherr Heeremann (r.), den traditionellen Weihnachtsbaum für die Bürgerhalle an den Präsidenten des Landtags, André Kuper. Der Präsident sagte: „Weihnachtsbäume sind ein Zeichen der Vorfreude und stehen für Tradition und Beständigkeit. Doch gerade in dieser für uns besonderen und schwierigen Zeit symbolisieren sie mehr denn je einen Ort des Miteinanders, des Innehaltens und sie sind ein Zeichen der Hoffnung.“ Am selben Tag übergab der Verband für Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau NRW den Weihnachtsbaum für den Empfangsraum des Landtags.

Foto: Schälte